

**HESSISCHER LANDTAG**

05. 04. 95

1. Sitzung

Wiesbaden, den 5. April 1995

	Seite		Seite
1. Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Konstituierung des Landtags (Art. 83 Abs. 2 HV, § 1 GOHLT)	1	Hierzu:	
<i>Vollzogen</i>	3	Wahlvorschlag der Fraktion der SPD für die Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Hessischen Landtags	
Alterspräsident Dr. Burggraf	1	- Drucks. 14/4 -	6
2. Beschlussfassung über eine Geschäftsordnung (Art. 99 HV)		<i>Gewählt:</i>	
Hierzu:		<i>Abg. Winterstein</i>	6
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Geschäftsordnung des Hessischen Landtags		Präsident Möller (Gießen)	6
- Drucks. 14/1 -	3	6. a) Beschlussfassung über die Zahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums (§ 3 Abs. 1 GOHLT)	
<i>Angenommen</i>	3	Hierzu:	
Alterspräsident Dr. Burggraf	3	Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Zahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums	
4. Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten (§ 2 GOHLT)		- Drucks. 14/5 -	6
Hierzu:		<i>Angenommen</i>	6
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Hessischen Landtags		b) Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums (§ 3 Abs. 2 GOHLT)	
- Drucks. 14/2 -	3	Hierzu:	
<i>Gewählt:</i>		Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. für die Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums	
<i>Abg. Möller (Gießen)</i>	6	- Drucks. 14/6 -	6
Alterspräsident Dr. Burggraf	3	<i>Gewählt:</i>	
Präsident Möller (Gießen)	3	<i>Abg. Schmidt (Schwalmstadt) (CDU)</i>	
5. a) Beschlussfassung über die Zahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten (§ 3 Abs. 1 GOHLT)		<i>Abg. Schleicher (SPD)</i>	
Hierzu:		<i>Abg. Weidmann (SPD)</i>	
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Zahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten		<i>Abg. Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>	
- Drucks. 14/3 -	6	<i>Abg. Posch (F.D.P.)</i>	6
<i>Angenommen</i>	6	Präsident Möller (Gießen)	6
b) Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten (§ 3 Abs. 2 GOHLT)		7. a) Beschlussfassung über die Zahl der Schriftführerinnen und Schriftführer (§ 4 Abs. 2 Satz 2 GOHLT)	
		Hierzu:	
		Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Zahl der Schriftführerinnen und Schriftführer	
		- Drucks. 14/7 -	6

	Seite		Seite
<i>Angenommen</i>	6	<i>Gewählt als ordentliche Mitglieder:</i>	
b) Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer (§ 4 Abs. 2 Satz 1 GOHLT)		<i>Abg. Bouffier (CDU)</i>	
Hierzu:		<i>Abg. Friedrich (CDU)</i>	
Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer		<i>Abg. Prof. Dr. Hamer (CDU)</i>	
- Drucks. 14/8 -	6	<i>Abg. Korn (CDU)</i>	
<i>Gewählt:</i>		<i>Abg. Velte (CDU)</i>	
<i>Abg. Degen (CDU)</i>		<i>Abg. Dr. Wagner (Lahntal) (CDU)</i>	
<i>Abg. Fischer (Waldeck) (CDU)</i>		<i>Abg. Becker (Gießen) (SPD)</i>	
<i>Abg. Friedrich (CDU)</i>		<i>Abg. Prof. Breithaupt (SPD)</i>	
<i>Abg. Leistenschneider (CDU)</i>		<i>Abg. Clauss (SPD)</i>	
<i>Abg. Rothhoff (CDU)</i>		<i>Abg. Ernst (SPD)</i>	
<i>Abg. Dörrie (SPD)</i>		<i>Abg. Karwecki (SPD)</i>	
<i>Abg. Pauly-Bender (SPD)</i>		<i>Abg. Weidmann (SPD)</i>	
<i>Abg. Pfaff (SPD)</i>		<i>Abg. Hertle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>	
<i>Abg. Wagner (Angelburg) (SPD)</i>		<i>Abg. Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>	
<i>Abg. Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>	6	<i>Abg. Posch (F.D.P.)</i>	
Präsident Möller (Gießen)	6	<i>Gewählt als stellvertretende Mitglieder:</i>	
8. Beschlußfassung über die Zahl der weiteren Mitglieder des Ältestenrats (§ 5 Abs. 1 GOHLT)		<i>Abg. Dr. Jung (Rheingau) (CDU)</i>	
Hierzu:		<i>Abg. Kartmann (CDU)</i>	
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Zahl der weiteren Mitglieder des Ältestenrats		<i>Abg. Koch (CDU)</i>	
- Drucks. 14/9 -	6	<i>Abg. Ortmann (CDU)</i>	
<i>Angenommen</i>	6	<i>Abg. Weimar (CDU)</i>	
Präsident Möller (Gießen)	6	<i>Abg. Weiß (CDU)</i>	
9. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Fachausschüsse und die ständigen Unterausschüsse		<i>Abg. Kahl (SPD)</i>	
- Drucks. 14/10 -	7	<i>Abg. Nolte (SPD)</i>	
a) Beschlußfassung über eine Neufassung des § 50 Abs. 1 GOHLT (Fachausschüsse)	7	<i>Abg. Pauly-Bender (SPD)</i>	
<i>In geänderter Fassung angenommen</i>	7	<i>Abg. Schleicher (SPD)</i>	
b) Beschlußfassung über die Zahl der Mitglieder der Fachausschüsse (§ 50 Abs. 3 GOHLT) ...	7	<i>Abg. Schmitt (SPD)</i>	
<i>Angenommen</i>	7	<i>Abg. Wagner (Angelburg) (SPD)</i>	
c) Beschlußfassung über die Einsetzung ständiger Unterausschüsse (§ 50 Abs. 2 GOHLT)	7	<i>Abg. Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>	
<i>Angenommen</i>	7	<i>Abg. Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>	
d) Beschlußfassung über die Zahl der Mitglieder der ständigen Unterausschüsse (§ 50 Abs. 3 GOHLT)	7	<i>Abg. Hielscher (F.D.P.)</i>	7
<i>Angenommen</i>	7	Präsident Möller (Gießen)	7
Weist	7	11. Wahl von drei Mitgliedern des Wahlprüfungsgeschichts (Art. 78 HV, § 2 Wahlprüfungsgesetz)	
Präsident Möller (Gießen)	7	Hierzu:	
10. Bestellung des Hauptausschusses (Art. 93 HV, § 6 GOHLT)		Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Wahl von Mitgliedern des Wahlprüfungsgeschichts	
Hierzu:		- Drucks. 14/12 -	7
Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. für die Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses		<i>Gewählt:</i>	
- Drucks. 14/11 -	7	<i>Abg. Dr. Jung (Rheingau) (CDU)</i>	
		<i>Abg. Weidmann (SPD)</i>	
		<i>Abg. Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</i>	7
		Präsident Möller (Gießen)	7
		12. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Immunität von Abgeordneten des Hessischen Landtags	
		- Drucks. 14/13 -	7
		<i>Angenommen</i>	7
		Präsident Möller (Gießen)	7
		3. Feststellung der Tagesordnung (§ 58 Abs. 3 GOHLT)	7
		<i>Festgestellt</i>	9
		Dr. Jung (Rheingau)	7
		Weist	8
		Hielscher	8
		Weidmann	8
		Präsident Möller (Gießen)	9
		13. Entgegennahme einer Erklärung gemäß Art. 113 Abs. 2 HV	9
		<i>Entgegengenommen</i>	9

	Seite		Seite
Präsident Möller (Gießen)	9	Ministerpräsident Eichel	10
14. Wahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten (Art. 101 Abs. 1 HV)		Präsident Möller (Gießen)	10
Hierzu:		17. Beschlußfassung über die Vertrauensklärung für die Landesregierung (Art. 101 Abs. 4 HV)	
Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Wahl der Hessischen Ministerpräsidentin oder des Hessischen Ministerpräsidenten		Hierzu:	
- Drucks. 14/14-	9	Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Vertrauensklärung gemäß Art. 101 Abs. 4 HV	
<i>Gewählt mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Hessischen Landtags:</i>		- Drucks. 14/15-	11
<i>Abg. Eichel</i>	10	<i>Angenommen</i>	11
Präsident Möller (Gießen)	9	Präsident Möller (Gießen)	11
Eichel	9	18. Vereidigung der Ministerinnen und Minister (Art. 111 HV)	11
15. Vereidigung des Ministerpräsidenten (Art. 111 HV)	10	<i>Vollzogen</i>	11
<i>Vollzogen</i>	10	Ministerpräsident Eichel	11
Präsident Möller (Gießen)	10	Präsident Möller (Gießen)	11
Ministerpräsident Eichel	10	19. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten (Art. 111 HV)	11
16. Mitteilung über die Ernennung der Ministerinnen und Minister (Art. 101 Abs. 2 HV)	10	<i>Entgegengenommen</i>	25
<i>Zur Kenntnis genommen</i>	10	Ministerpräsident Eichel	11
		Präsident Möller (Gießen)	25

Im Präsidium:

Alterspräsident Dr. Burggraf
Präsident Möller (Gießen)

(Beginn: 11.04 Uhr)

Tagesordnungspunkt 1:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten und Konstituierung des Landtags (Art. 83 Abs. 2 HV, § 1 GOHLT)

Alterspräsident Dr. Burggraf:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 1. Sitzung der 14. Wahlperiode des Hessischen Landtages. Ich stelle fest, daß Sie alle Platz gefunden haben; insofern ist die Sitzordnung jedenfalls vorläufig geregelt. Der amtierende Landtagspräsident hat für die konstituierende Sitzung verfügt, daß es bei der bisherigen Sitzordnung bleibt. Aber das hat ja alles hervorragend geklappt, schönen Dank. Eine endgültige Festlegung der Sitzordnung wird das Präsidium dann zu treffen haben, falls es erforderlich ist.

Ich darf alle Anwesenden sehr herzlich begrüßen, insbesondere auch die zahlreichen neuen Kolleginnen und Kollegen. Auf der Besuchertribüne begrüße ich unsere Ehren Gäste und die Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften, insbesondere Herrn Kirchenpräsidenten Prof. Dr. Peter Steinacker und Herrn Prof. Dr. Franz Kaspar vom Kommissariat der katholischen Bischöfe im Lande Hessen.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso begrüße ich Herrn Moritz Neumann, den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen.

(Allgemeiner Beifall)

Besonders freue ich mich, Herrn Ignatz Bubis, den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland auf der Tribüne begrüßen zu können; herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße ferner die Vertreter der obersten Bundes- und Landesbehörden, der Gerichte, der Städte und Gemeinden sowie des Konsularischen Corps. Gleichmaßen heiße ich auch die Medien, die Repräsentanten der Parteien und besonders auch die interessierten Bürgerinnen und Bürger, die zahlreich an dieser Sitzung teilnehmen, herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Gleichmaßen begrüße ich herzlich die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen, die wirklich in großer Zahl hierhergekommen sind.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist mir aus verständlichen Gründen nicht möglich, jeden namentlich zu nennen. Ich freue mich aber besonders, unsere ehemaligen Landtagspräsidenten, Herrn Dr. Hans Wagner, Herrn Jochen Lengemann und Herrn Dr. Erwin Lang begrüßen zu können.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso begrüße ich den ehemaligen Ministerpräsidenten Albert Oswald

(Allgemeiner Beifall)

und den amtierenden Präsidenten Karl Starzacher, dem ich für seine vorbildliche Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode danke.

(Allgemeiner Beifall)

Nicht zuletzt begrüße ich unter uns die Mitglieder der Landesregierung.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf aber auch noch Herrn Dr. Ottmar Friedrich begrüßen, den Präsidenten des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes, den Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes, Herrn Udo Müller, sowie als Vertreter der Stadt Wiesbaden Herrn Bürgermeister Hildebrand Diehl.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie nun bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.)

Wir haben am heutigen Tage auch zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken, die vor einigen Monaten verstorben sind.

Am 16. Januar 1995 verstarb im Alter von 82 Jahren in Stuttgart Herr Dr. Rudolf Böhm. Dr. Böhm gehörte dem Hessischen Landtag vom 1. Dezember 1950 bis zum 30. November 1954 als Vertreter des BHE an.

Der ehemalige Vizepräsident des Hessischen Landtags und langjährige Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion im Landtag, Hermann Stein, starb im Alter von 75 Jahren am Samstag, dem 28. Januar 1995. Hermann Stein gehörte dem Hessischen Landtag von 1962 bis 1978 an.

Wir wollen in das stille Gedenken auch diejenigen Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten einschließen, die in der letzten Legislaturperiode von uns gegangen sind.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Wir kommen nun zur Konstituierung. Nach Art. 83 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen tritt der Landtag kraft eigenen Rechts am 18. Tage nach der Wahl zusammen. Falls an diesem Tage die Wahlperiode des alten Landtages noch nicht abgelaufen ist, versammelt sich der neue Landtag am Tage nach dem Ablauf der bisherigen Wahlperiode.

Letzteres trifft hier zu. Ich frage ausdrücklich: Werden gegen die Einberufung oder gegen das Zusammentreten am heutigen Tag Bedenken erhoben? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Nach § 1 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags führt in der ersten Sitzung des neugewählten Landtags das an Lebensjahren älteste Mitglied den Vorsitz, bis die neugewählte Präsidentin bzw. der neugewählte Präsident das Amt übernimmt. Die Kanzlei hat mir mitgeteilt, daß ich das älteste Mitglied des neugewählten Landtags bin.

Der Ordnung halber frage ich aber, ob ein Mitglied des Hessischen Landtags vor dem 22. August 1927 geboren ist. - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich stelle somit fest; daß mir die Ehre zukommt, als Alterspräsident zu fungieren.

Nach § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung ernenne ich die beiden jüngsten Abgeordneten zu vorläufigen Schriftführerinnen bzw. Schriftführern. Das sind nach Feststellung der Kanzlei Frau Abg. Ronja Perschbacher und Herr Abg. Tarek Al-Wazir. Auch hier frage ich, ob ein Mitglied des Landtags jünger ist als die beiden Genannten; Frau Ronja Perschbacher ist am 7. Januar 1972 geboren, Herr Tarek

Al-Wazir am 3. Januar 1971. - Auch das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann bitte ich Frau Abg. Perschbacher und Herrn Abg. Al-Wazir, neben mir Platz zu nehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Konstituierung des 14. Hessischen Landtags. Die Damen und Herren Abgeordneten werden jetzt nach einer Liste aufgerufen. Ich bitte Sie, nach dem Aufruf mit Ja zu antworten und sich zu erheben, da dies gleichzeitig eine kurze Vorstellung sein soll, wobei nicht nur daran gedacht ist, daß sich sozusagen die Jüngeren den Älteren vorstellen, sondern auch daran, daß die Jüngeren die Älteren kennenlernen.

Ich bitte Sie, Frau Perschbacher, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Folgt Namensaufruf)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf feststellen, daß alle 110 Abgeordneten des Hessischen Landtags anwesend sind. Der Hessische Landtag der 14. Wahlperiode ist damit konstituiert und nach Art. 87 der Verfassung des Landes Hessen beschlußfähig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer fast sieben Jahrzehnte in diesem Jahrhundert der Kriege und Katastrophen erlebt hat, ist verpflichtet, sich zu erinnern und die Erfahrungen seiner Generation vor dem Vergessen zu bewahren und weiterzugeben. Das Jahr 1995, in dem wir unsere Arbeit in der neuen Legislaturperiode beginnen, gibt zahlreiche Anlässe zu solcher Erinnerung und Bewertung.

Am 8. Mai werden wir des Tages gedenken, an dem vor fünf Jahrzehnten der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Dieser 50. Jahrestag ist für meine Generation und überhaupt für uns Deutsche kein Grund zum fröhlichen Feiern, wohl aber ein Anlaß zu Rückschau und Besinnung.

Der 8. Mai 1945 markierte für Europa das Ende des Tötens und Mordens auf den Schlachtfeldern, auf den Straßen und in den Luftschutzkellern der zerbombten Städte, in den Konzentrationslagern der Nazis. Für uns Deutsche bedeutete er die Befreiung von der Diktatur Hitlers und vom verbrecherischen Regime des Nationalsozialismus. Für viele unserer Landsleute war die militärische Niederlage in dem von Hitler angezettelten Krieg aber auch mit Gefangenschaft, Flucht, Vertreibung und dem Verlust der Heimat verbunden. Für die Deutschen in Ostdeutschland zog sie die Errichtung einer neuen Diktatur nach sich, die ihnen mehr als 40 Jahre die Freiheit nehmen sollte. Erleichterung über das Ende des Nationalsozialismus und neues Leid lagen damit eng beieinander.

In allen Medien ist zur Zeit reichlich Gelegenheit, diese unterschiedlichen Aspekte wahrzunehmen. Als Zeitzeuge ist mir dies alles noch in lebhafter Erinnerung, ohne daß ich hier auf Einzelheiten eingehen kann, die heute nicht immer richtig gesehen werden.

Auch fünf Jahrzehnte nach dem Ende des Krieges ist die Erinnerung an die Toten und millionenfaches Leid noch nicht verblaßt. Es ist unsere Pflicht, die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft niemals zu vergessen und ihrer zu gedenken. Dieses Gedenken erstreckt sich auf die gefallenen Soldaten aller Nationen, auf die Völker, die im Krieg gelitten haben, sowie auf die Millionen Juden und die anderen Opfer, die in den deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir trauern um sie.

Diese Trauer muß aber mehr sein, als es das Modewort der "Betroffenheit" beschreiben kann. Sie muß verbunden sein mit dem gelebten Willen zur Versöhnung, zur Völkerverständigung und dem Bekenntnis zur historischen Verantwortung der Deutschen.

Viele Deutsche haben sich gescheut, sich dieser Verantwortung zu erinnern. Nach dem Krieg haben sich viele darauf berufen, sie hätten von den Verbrechen des Hitlerregimes nichts gewußt, wenn auch das tatsächliche Wissen sehr unterschiedlich und meist unvollständig war. Heute sagt mancher, das alles sei schon viel zu lange her, aber die Geschichte holt den ein, der vor ihr wegläuft. Wenn wir uns nicht erinnern wollen, werden wir von anderen erinnert werden.

Der 8. Mai wird daher nicht nur in diesem Jahr eine Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung der Deutschen sein. Diese Schuld erstreckt sich auf die Vorbereitung und Auslösung des Zweiten Weltkrieges und die Verbrechen des Nationalsozialismus. Sie betrifft aber zuallererst den Völkermord an den europäischen Juden, der beispiellos in der Geschichte ist. Schuld ist dabei nie kollektiv, sondern immer persönlich. Dennoch müssen auch die Nachkommen diese schwere Erbschaft übernehmen. Dies müssen wir jungen Menschen vermitteln. Die junge Generation braucht keine Umkehr zu leisten, aber sie muß eine Wiederholung verhindern.

Das Jahr 1945 bezeichnet jedoch nicht nur das Ende von Krieg und Diktatur; es steht auch für die Geburtsstunde unserer Demokratie, für Aufbruch und Neuanfang.

Der Historiker Michael Wolffsohn schreibt dazu:

Daß Deutschland und die Deutschen vor allem im Westen unseres Vaterlandes trotz Hitler eben nicht verloren waren, haben sie den Siegern und den demokratischen Politikern der Nachkriegszeit zu verdanken. Die deutsche Katastrophe wurde somit zum Glücksfall. Sie ermöglichte unser Überleben und im Westen unseres Vaterlandes ein Leben in Freiheit. Die Katastrophe war der Beginn einer moralisch-politischen Reinigung und Erneuerung.

Der Aufbruch erfolgte zuerst in den Ländern, in denen die Deutschen geraume Zeit vor der Begründung der Bundesrepublik Demokratie erfahren konnten, also auch in Hessen.

Am 19. September 1945, vor 50 Jahren, rief der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Dwight D. Eisenhower, mit der berühmten Proklamation Nummer 2 das Land "Groß-Hessen", wie es damals hieß, ins Leben und schuf damit den Rahmen für einen demokratischen Neubeginn in unserem Land.

Es fanden demokratische Wahlen statt, und schließlich wurde die neu erarbeitete Verfassung des Landes Hessen in einer Volksabstimmung, die mit der Wahl stattfand, am 1. Dezember 1946 in Kraft gesetzt.

Zunächst stand jedoch nicht die große Politik im Mittelpunkt der Anstrengungen, sondern das nackte Überleben.

"Sein oder Nichtsein, das ist jetzt die Frage", nannte es der von den Amerikanern eingesetzte erste Ministerpräsident Karl Geiler bei dem Gründungsakt unseres Bundeslandes. Nach dem Schrecken des Krieges fanden sich die Deutschen in einem besetzten und geteilten Land wieder. Die Souveränität lag bei den Alliierten, was sich auch darin

zeigte, daß General Clay die Verfassung des Landes Hessen vor ihrem Inkrafttreten noch genehmigen mußte.

Niemand konnte sagen, was Deutschland und den Deutschen geschehen würde. Das Fehlen von Lebensmitteln, Wohnungen, Heizmaterial und Verkehrsmitteln, das schließliche Dichtmachen der Zonengrenze, die Demontagen und Produktionsbeschränkungen sowie die Flüchtlingsströme aus dem Osten gaben wenig Anlaß zu Optimismus. Auch die politischen Probleme waren gewaltig: Wiedergutmachung, nicht immer sachgerechte Entnazifizierung und Ahndung von NS-Verbrechen als Hinterlassenschaft der Diktatur, die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen, die politische Auseinandersetzung um eine neue, gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung.

Daß unsere hessischen Mitbürger in diesen schweren Jahren nicht verzweifelten, sondern mit Fleiß, Solidarität, Mut und Zuversicht einen neuen Anfang wagten, das ist wohl das eigentliche Wunder der Nachkriegszeit, meine Damen und Herren.

Wir sollten uns daran erinnern, wenn Kleinmut und Sozialneid den selbstverständlichen Solidarbeitrag in Frage stellen, den wir heute für unsere Landsleute in Ostdeutschland zu erbringen haben.

Im Jahre 1945 wurden in Hessen auch die Fundamente für unsere Demokratie gelegt. Das war nicht nur eine Frage von Gesetzen, Verordnungen und der Schaffung demokratischer Institutionen. Vielmehr ging es, auch darum, Menschen für die Demokratie zu gewinnen, die nicht nur die Katastrophe der nationalsozialistischen Diktatur erlebt, sondern vielfach auch noch das Scheitern der Weimarer Republik vor Augen hatten.

Mit der Wiedezulassung demokratischer Parteien schon im September 1945 schufen die Amerikaner dafür eine wichtige Voraussetzung, denn den Parteien ist es gelungen, die Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie zu gewinnen und die großen Probleme der schweren Nachkriegszeit gemeinsam zu lösen. SPD und CDU bildeten in der ersten Legislaturperiode von 1946 bis 1950 eine Koalitionsregierung, mit der sie dazu beitrugen, die politische Kluft in der Gesellschaft zu überwinden, die das Scheitern der Weimarer Republik mit verursacht hatte. Ohne die Leistung der demokratischen Parteien und ihre Bereitschaft zum Konsens wäre der Aufbau der Demokratie in Hessen kaum möglich gewesen. Ohne die Parteien wäre auch unsere heutige Demokratie nicht funktionsfähig. Das sollten alle bedenken, die leichtfertig das Modewort von der "Parteienverdrossenheit" im Mund führen und oft pauschal die Integrität und Leistungsfähigkeit der demokratischen Parteien in Zweifel ziehen.

Dennoch: Die Deutschen allein hätten den Aufbau der Demokratie in einem zerstörten Land aus eigener Kraft nicht geschafft. Sie waren dabei auf die Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten angewiesen. Wir in Hessen haben deshalb der amerikanischen Militärregierung und dem amerikanischen Volk viel zu verdanken. Die Amerikaner wurden dabei in kurzer Zeit von einer Besatzungsmacht zu Geburtshelfern unserer Demokratie, von Gegnern zu Partnern, von Partnern schließlich zu Freunden. Daran sollten wir uns immer in Dankbarkeit erinnern.

Vor 50 Jahren bekamen die Hessen die Chancen zu einem demokratischen Neuanfang. Diese Chance hatten unsere Landsleute in Ostdeutschland nicht. Sie wurden mehr als vier Jahrzehnte Opfer einer kommunistischen Diktatur, die ihnen Freiheit und Menschenrechte vorenthielt. De-

mokratie kannte man dort im wesentlichen nur aus dem Westfernsehen.

Als dann im Jahre 1990 die deutsche Teilung in einer glücklichen Konstellation der Weltpolitik überwunden werden konnte und die Stunde der Einheit schlug, hatten viele die Hoffnung schon aufgegeben. Um so größer war natürlich die Freude, aber auch die Erwartungen waren übergroß.

Michael Stürmer sagte: "Die deutsche Einheit war ein Geschenk der Geschichte, aber solche sind vom Umtausch ausgeschlossen."

So ist es betrüblich, wenn auch teilweise verständlich, daß nach fünf Jahren die Freude über die Vereinigung der Deutschen einer weitverbreiteten Resignation gewichen ist und in der Öffentlichkeit oft nur noch über die Kosten der Einheit diskutiert wird. Es verwundert auch, daß Stimmen, die zu Recht immer wieder auf eine vollständige Aufarbeitung unserer nationalsozialistischen Vergangenheit gedrängt haben, die Akten über die SED-Untaten am liebsten schließen möchten.

Die Geschichte läßt sich aber nicht teilen oder in einzelnen Kapiteln ausblenden. Wer sich zu ihr bekennt, der sollte daher auch die finanziellen Lasten der deutschen Einheit ohne Murren tragen. Er muß auch bereit sein, die Folgen dieser Diktatur ohne Vorbehalte aufzuarbeiten, auch wenn die Ergebnisse dieser Anstrengungen manches Weltbild erschüttern mögen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir heute die 14. Legislaturperiode des Hessischen Landtages im 50. Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und einem demokratischen Neuanfang in Hessen eröffnen, so sollten wir dies in Erinnerung und in Respekt vor den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft tun, in Dankbarkeit vor den Frauen und Männern, die diese Demokratie aufgebaut haben, in der Entschlossenheit, die Lehren aus unserer Geschichte zu ziehen und dem politischen Extremismus in Deutschland und in Hessen entschlossen zu widerstehen.

Wir können - das ist meine feste Überzeugung - heute in der Gewißheit leben, daß der Antisemitismus bei uns keine Chance mehr hat und daß die Demokratie im Gegensatz zu der der Weimarer Republik sehr gesund und gefestigt ist.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, in diesem Bewußtsein wollen wir hier im Hessischen Landtag wieder an die Arbeit gehen. Ich wünsche uns, jedem an seinem Platz, ein erfolgreiches Wirken zum Wohle des hessischen und des deutschen Volks.

(Beifall)

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 2:**

Beschlußfassung über eine Geschäftsordnung (Art. 99 HV)

Die Geschäftsordnung mit den Anlagen 1 bis 3 - vorläufige Ausgabe, April 1995 - liegt Ihnen auf Ihren Plätzen vor, ebenso ein interfraktioneller Antrag, Drucks. 14/1. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich unterstellen, daß Sie damit einverstanden sind, daß diese Geschäftsordnung in Kraft gesetzt wird. - Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, unter den Fraktionen ist die Vereinbarung getroffen worden, daß Punkt 3 nach der Wahl des Präsidenten aufgerufen wird. Darf ich feststel-

len, daß das der Fall ist? - Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 4:**

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten (§ 2 GOHLT)

Mit der Drucks. 14/2 liegt Ihnen der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU vor, Herrn Abg. Möller (Gießen) zum Präsidenten des Hessischen Landtages zu wählen. Ich darf ausdrücklich fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden. - Das ist offensichtlich nicht der Fall, so daß wir in die Wahlhandlung eintreten können.

Nach § 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung wählt der Landtag in geheimer Wahl oder, wenn niemand widerspricht, durch Handzeichen die Präsidentin oder den Präsidenten für die Dauer der Wahlperiode. Ich frage deshalb, ob der Wahl durch Handzeichen widersprochen wird. - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann darf ich den Vorschlag aus Drucks. 14/2, Herrn Abg. Möller (Gießen) zum Präsidenten des Landtages zu wählen, zur Abstimmung stellen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei Enthaltung des Betroffenen, im übrigen einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall)

Herr Abg. Möller, ich darf Sie zunächst formell fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Möller (Gießen) (CDU):

Herr Alterspräsident, ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

(Lebhafter Beifall - Präsident Möller (Gießen) nimmt Glückwünsche entgegen.)

Herr Präsident, ich darf Ihnen von diesem Platz aus sozusagen als Abschluß meiner Tätigkeit sehr herzlich gratulieren und Ihnen für Ihre Arbeit für den Hessischen Landtag und für unser hessisches Volk - da haben Sie ja große Erfahrung - eine gute Hand wünschen. Herzlichen Glückwunsch!

(Anhaltender Beifall)

Ich darf Sie nun bitten, Ihres Amtes zu walten.

(Präsident Möller (Gießen): Darf ich noch eine Rede halten, während Sie noch Präsident bleiben?)

- Ja, natürlich!

Präsident Möller (Gießen):

Herr Alterspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man sehe mir nach, daß ich noch eines nachhole und jetzt von dieser Stelle aus den Stadtverordnetenvorsteher der Landeshauptstadt Wiesbaden, den Kollegen Retzlaff, herzlich begrüße. Willkommen in diesem Hause!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vielen Dank für das Vertrauen, das mir alle Fraktionen durch die - ich hatte in mein Konzept geschrieben: "relativ einmütige Wahl"; jetzt kann ich anders formulieren - durch die in offener Abstimmung herbeigeführte einstimmige Wahl entgegengebracht haben.

(Heiterkeit)

In einer Zeit immer heftiger werdender politischer Auseinandersetzungen ist das nicht selbstverständlich. Selbstverständlich ist aber, daß ich Ihnen verspreche, alle Kraft dafür einzusetzen, ein unparteiischer und dem Wohl des gesamten Hauses verpflichteter Präsident zu sein und das Ansehen dieses Parlaments nach innen und außen zu wahren - jemand hat einmal gesagt: wenn möglich noch zu mehren.

Viel ist in den letzten Jahren über Rolle und Bedeutung der Landesparlamente gesagt und geschrieben worden. Manche Theoretiker glauben sogar, im Kraftfeld zwischen den Gemeinden auf der untersten Ebene und dem Europaparlament "ganz oben" spielten Landespolitik und Landesparlamente überhaupt keine Rolle mehr. Ein einziger Blick in die Sammlung hessischer Gesetze oder in die Vertretungsordnung der Landesregierung beweist das Gegenteil: Landespolitik beschäftigt gerade die Bürgerinnen und Bürger hautnah und geht sie unmittelbar an, auch wenn die Bürgerinnen und Bürger das gar nicht immer merken. Aber die Spannweite reicht von Abfallbeseitigung und Baurecht über die vielfältigen Fragen des Gemeinderechts bis zu Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, von Nachbarrecht und Naturschutz bis zur Organisation von Polizei, Presse und Rundfunkanstalten. Kurz: Das, was uns bewegt - man könnte beinahe sagen: beschäftigt, von der Wiege bis zur Bahre -, das ist Landespolitik, und das sind Landesgesetze. Für all das sind wir als Landesparlamentarier verantwortlich. Auch die Mehrzahl aller Behörden sind Landesbehörden und unterstehen unserer parlamentarischen Kontrolle. Sie unterstehen auch dem von uns als Landesparlament verabschiedeten Landeshaushalt.

Meine Damen und Herren, wer im Landesparlament erfolgreich arbeiten will, braucht Organisationskraft, Selbstbewußtsein und - ganz unpathetisch gesagt - Zuneigung und Zuwendung für die Menschen, für all die Mitbürgerinnen und Mitbürger im Lande, für die wir verantwortlich sind.

Den Abgeordneten die Organisationskraft - modern ausgedrückt: das Know-how - zur Verfügung zu stellen ist Aufgabe der Landtagsverwaltung und ihres Präsidenten. Wer hier etwas zu verbessern oder auch zu kritisieren hat, soll mich ansprechen. Ich helfe, wo immer das möglich ist.

Selbstbewußtsein müssen Sie selbst mitbringen. Ich meine, Selbstbewußtsein tut auch not, damit wir, jeder von uns, "die Politiker", aus der Ecke der "Absahner" und der "geborenen Verlierer" herauskommen, in die eine bestimmte Publizistik uns für weite Teile der Bevölkerung gestellt hat - zu Unrecht, wie ich meine.

Wenn jemand in diesem Land den Führerschein verliert, interessiert das in der Regel niemanden. Der Abgeordnete in gleicher Lage ist "Bild-Zeitungs"- und "Tageschau"-reif. Deshalb zwei Appelle: Vermeiden Sie den Verlust Ihres Führerscheins!

(Heiterkeit)

Und seien Sie nett zu Journalisten!

(Heiterkeit)

Denn als Profis wissen Sie natürlich: Journalisten sind sympathischer, als man im allgemeinen glaubt. Ohne uns ist die Landespressekonferenz nichts und umgekehrt. Diese Einsicht erlaubt mir, den am Sitz des Landtags tätigen Journalistinnen und Journalisten für ihre fast immer objektive und faire Berichterstattung herzlich zu danken.

(Beifall)

Ich glaube, wir können uns in Zukunft gegenseitig viele Anregungen geben, deren Verwirklichung dann nicht nur uns, sondern letztlich auch dem Lande nutzt.

Gesundes Selbstbewußtsein, meine Damen und Herren, kann auch gegenüber der Regierung nicht schaden. Wir sind die erste Gewalt - nach dem Volk, versteht sich. Wir sind der Haushaltsgesetzgeber. Erst der von uns beschlossene Landeshaushalt gibt den von Ministern und Staatssekretären im Lande verteilten Schecks ihre Deckung. Für die Regierung sind wir also lästig, manchmal lästig, aber unentbehrlich. Umgekehrt brauchen wir natürlich unsere Ministerinnen und Minister, um vor Ort unsere vielfältigen Anliegen durchzusetzen. Denn unsere Aufgabe ist, kurz gesagt, für alle anderen Menschen tätig zu sein. Bei den vielen Petitionen, die im Hause behandelt werden, zeigt sich das besonders deutlich. Ich glaube, ich begehe keinen Fehler, wenn ich von dieser Stelle aus einmal all denen ganz besonders und hervorgehoben danke, die als Mitglieder des Petitionsausschusses unter Vorsitz des jetzt scheidenden Abg. Greiff hier wirklich Kärnerarbeit, aber auch eine sehr liebevolle und den Menschen zugewandte Arbeit geleistet haben.

(Beifall)

In diesem Hause die Verbände anzuhören ist selbstverständliche Pflicht. Aber Ansehen gewinnen wir erst, wenn wir selbst auf die Menschen zugehen - im Wahlkreis, in den Arbeitskreisen der Fraktionen, in den Ausschüssen des Parlaments - und helfen, wo es nur irgend geht.

Nur ein Bruchteil der Arbeit der Abgeordneten spielt sich ja unter den Augen der Öffentlichkeit ab. Beurteilt wird der einzelne Abgeordnete aber ausschließlich nach diesem öffentlichen Auftreten. Hier gilt es deshalb, die bestmögliche Darstellung zu finden. Wer - eigentlich unerlaubterweise - bei Plenardebatten gelegentlich seinen Platz hier unten im Saal verläßt und sich zu unseren Gästen auf die Tribüne setzt, lernt in einem Schnellkurs, wie man es nicht machen sollte: Beim Publikum verpönt sind, entgegen einer unter uns Abgeordneten weitverbreiteten Meinung, lange Reden über Themen, die im Fachausschuß längst ausdiskutiert worden sind, die Wiederholung des bereits Vorgetragenen in einer fast immer überflüssigen sogenannten "zweiten Debattenrunde" und Zwischenrufe, mit denen der parlamentarische Gegner scheinbar niedergemacht wird. Wir lieben es ja förmlich, wenn wir den anderen so richtig am Boden sehen. Uns gefällt es, denen da oben gefällt es ganz selten. Ebenso wird von ihnen die Unruhe hier unten abgelehnt, die entweder aus Langlewille oder durch den Versuch entsteht, den anderen - bedauerlicherweise ist es meist die andere - nicht zu Wort kommen zu lassen.

Auch der häufige Gebrauch des Wortes "Skandal" - ich beginne, mich unbeliebt zu machen - oder die Forderung nach dem Rücktritt eines Ministers oder einer Ministerin mehr als dreimal im Monat

(Allgemeine Heiterkeit)

findet den Beifall meist nur in den eigenen Reihen.

Meine Damen und Herren, beliebt sind dagegen beim Publikum und gelegentlich sogar bei uns Abgeordneten kurze, knappe Diskussionen. Deswegen sage ich immer, Beispiele dafür sind die Fragestunde oder die Aktuelle Stunde. Da ist jeder hellwach, da ist jeder dabei, weil hier mit kurzen Beiträgen relativ viele Mitglieder des Hauses und der Regierung zu Wort kommen können.

So ein bißchen britisch kurz und knapp sollte der Austausch der Argumente auch bei uns sein. Mein Wunsch wäre es, wenn wir eine Sitzordnung wie im englischen Unterhaus finden würden, daß wir, uns gegenüberstehend, in Rede und Gegenrede bekämpfen könnten. Dann würde ich als Speaker sogar mit einem Strohsack da oben vorlieb nehmen, denn die Perücke müßte ich auch nach neuem englischen Parlamentsbrauch nicht mehr tragen.

Im Ernst: Wann immer von Parlamentsreform die Rede ist, werden als Therapie Spontaneität in Form kurzer, freier Reden, Konzentration auf politische Schwerpunkte sowie die Vermeidung von Ritualen und - die erste Reihe höre weg - die Vermeidung allzu deutlich erkennbarer Fraktionsregie empfohlen. Das kann man durch Geschäftsordnung nicht regeln. Das habe ich inzwischen längst gemerkt.

Man kann es aber durch eigenes Beispiel, durch eigenes Vorbild, durch eigenes Verhalten, und zwar von jedem von uns, steuern. Wir müssen nämlich ein Parlament werden, durch das sich die Menschen in unserem Lande persönlich vertreten fühlen, indem sie sich und ihre Ziele wiederfinden, mit dem sie sich trotz aller Kritik im Einzelfall letztlich identifizieren können.

Das wird uns nur gelingen, wenn wir statt trockener Fachthemen und Themen, die allenfalls im eigenen Wahlkreis interessieren, im Plenum die Zukunftsaufgaben für uns alle besprechen, und das in einer für alle verständlichen Sprache.

Wir sind ja als Parlament von Haus aus gar nicht schlecht. Sonst wäre es auch nicht zu verstehen - und das ermöglicht zu haben ist ein besonderes Verdienst meines Vorgängers, Herrn Kollegen Starzacher -, daß so viele Repräsentanten aus mittel- und osteuropäischen Staaten hierher kommen, unsere Arbeitsabläufe studieren und sich die Regeln geben, nach denen wir handeln.

Wir sind Vorbild für viele. Das enthebt uns aber nicht der Pflicht, täglich zu beweisen, daß wir nicht in Routine und Perfektionismus erstarren. Als Hessen, ja, sogar als Nordhessen

(Allgemeine Heiterkeit)

sollten wir in der Lage sein, ein wenig südländische Leichtigkeit in die Debatten einzubringen.

Nirgends steht geschrieben, daß Geist und Witz im Parlament verboten sind. Im Gegenteil: Ich halte es sogar für zulässig, daß man Freude an der politischen Arbeit und Spaß an der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner hat. Das setzt die Achtung vor Andersdenkenden, Toleranz im Umgang mit Freund und Gegner - mit Freunden ist das ja auch manchmal außerordentlich schwierig - und die Einsicht voraus: Wer unverkrampft ist, kann besser argumentieren und bekommt keine Magenbeschwerden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, verstehen Sie mich nicht falsch. Ich schätze nicht, daß die Arbeit im Parlament und Wahlkreis, die oft erst an Abenden und an Wochenenden beginnt, eine harte Belastung für jeden einzelnen ist. Deshalb werde ich auch nicht zögern, in der Öffentlichkeit den Anspruch eines jeden Abgeordneten auf eine angemessene Ausstattung und eine angemessene Entschädigung für seine arbeitsreiche und verantwortungsvolle Tätigkeit darzustellen.

Das wird nicht immer populär sein, aber es gehört zu unserem Selbstverständnis, auch unpopuläre Maßnahmen

durchzusetzen, wenn sie im Ergebnis gerecht und richtig sind. 110 Abgeordnete dieses Hauses, die für eine Bevölkerung von 5,9 Millionen Einwohner und einen Haushalt von über 35 Milliarden DM verantwortlich sind, haben für ihre Arbeit mit sicher mehr als 50 Wochenstunden Anspruch auf eine Vergütung, die auch ihrer herausgehobenen Stellung entspricht. Und nirgends steht geschrieben, außer in einigen bissigen Kommentaren Außenstehender, daß diese Vergütung nicht nach Jahr und Tag angepaßt werden darf.

Ich will deshalb vor Jahresende eine unabhängige Kommission berufen, die spätestens für 1996 Vorschläge erarbeitet. Allerdings müssen wir selbst entscheiden. Diese Entscheidung muß nachvollziehbar sein. Dabei dürfen wir nicht unmäßig sein. Dabei dürfen wir nicht übertreiben. Wir müssen offen sein. Wir müssen Kritik entgegennehmen können. Es ist aber im Grunde immer nur die Heimlichkeit, die die Bürgerinnen und Bürger mit Recht enttuset.

Und nun, zum Schluß, ein Wort an Sie, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses. Ich freue mich natürlich, wieder als Ihr Präsident tätig sein zu dürfen. Ich bin ein Freund kurzer Wege. Wer mich sprechen will, braucht den Dienstweg nicht einzuhalten und nicht lange vor der Tür zu stehen. Ich kann gut zuhören, mit Versprechungen ist es schon etwas schwieriger, und alle Wünsche zu erfüllen ist schier unmöglich und von mir auch nicht beabsichtigt.

Ich baue auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Personalrat, Frauenbeauftragter und Beauftragtem für Behinderte. Ich darf von Ihnen allen erwarten, daß Sie die Arbeit in diesem schönen Haus mit sehr viel persönlicher Freiheit und entsprechend großem Verantwortungsgefühl leisten. Je besser Sie als meine Mitarbeiter sind, desto besser kann ich sein.

Ihnen allen, den Abgeordneten wie den Mitarbeitern, rufe ich zu: Zum Wohle des Landes und seiner Menschen zu arbeiten ist eine großartige und hervorragende Aufgabe - packen wir sie gemeinsam an!

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Alterspräsident Dr. Burggraf:

Herr Präsident, sehr herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, die ja sozusagen schon ein Programm waren und uns etliche Verhaltensmaßregeln geliefert haben. Ich bin zuversichtlich, daß Sie ein sehr guter Präsident sein werden. Sie haben diese Eigenschaft in der Vergangenheit auch schon bewiesen. Ich darf mein Amt damit beschließen, daß ich meinen Mitpräsidierenden sehr herzlich danke, und bitte den Präsidenten, hier oben Platz zu nehmen.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Möller (Gießen):

Meine Damen und Herren, jetzt wäre die Feststellung der Tagesordnung dran. Ich habe mir sagen lassen, es wäre vielleicht glücklicher, wenn wir zunächst die Wahl der Vizepräsidentin vornehmen und auf diesen Punkt vor der Erklärung des Ministerpräsidenten gemäß der Hessischen Verfassung zurückkommen.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 5** auf:

a) Beschlußfassung über die Zahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten (§ 3 Abs. 1 GOHLT)

Vor Ihnen liegt die Drucks. 14/3. Das Wort wird wohl nicht gewünscht. - Wer stimmt der Vorlage zu? - Danke schön! Gegenstimmen sehe ich nicht, Stimmenthaltungen auch nicht. Dann ist das einstimmig beschlossen.

b) Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten (§ 3 Abs. 2 GOHLT) - Drucks. 14/4 -

Ihnen liegt der Vorschlag vor, Frau Kollegin Winterstein zur Vizepräsidentin des Hauses zu wählen. Auch hierzu besteht die Möglichkeit, offen abzustimmen, wenn niemand widerspricht. Widerspricht jemand? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Wahl. Wer wählt Frau Kollegin Winterstein von der Fraktion der SPD zur Vizepräsidentin des Hauses? - Gegenstimmen? - Keine! Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung von Frau Winterstein einstimmig so beschlossen. Ganz herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall - Präsident Möller (Gießen) überreicht Blumen.)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

a) Beschlußfassung über die Zahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums (§ 3 Abs. 1 GOHLT) - Drucks. 14/5 -

Das Wort zu der Ihnen vorliegenden Vorlage wird nicht gewünscht. Wer ist für die Annahme der Vorlage? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig beschlossen.

b) Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums (§ 3 Abs. 2 GOHLT) - Drucks. 14/6 -

In der Vorlage sind die Mitglieder aufgeführt. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Können wir offen abstimmen? - Niemand widerspricht. Wer ist für die Wahl der in der Vorlage genannten Mitglieder des Präsidiums? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig beschlossen. Ich begrüße und beglückwünsche Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, und freue mich auf die gemeinsame Arbeit.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

a) Beschlußfassung über die Zahl der Schriftführerinnen und Schriftführer (§ 4 Abs. 2 Satz 2 GOHLT) - Drucks. 14/7 -

Das Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für die Annahme des Vorschlags? - Danke. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so gebilligt.

b) Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer (§ 4 Abs. 2 Satz 1 GOHLT) - Drucks. 14/8 -

Ihnen liegt eine Vorlage mit den Namen vor, die die Fraktionen erarbeitet haben. Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Wer ist für die Wahl der in der Vorlage Genannten? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beschlußfassung über die Zahl der weiteren Mitglieder des Ältestenrats (§ 5 Abs. 1 GOHLT) - Drucks. 14/9 -

Es handelt sich um die Vorsitzenden der Fraktionen. - Das Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für die Annahme? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so gebilligt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Fachausschüsse

schüsse und die ständigen Unterausschüsse - Drucks. 14/10 -

a) Beschlussfassung über eine Neufassung des § 50 Abs. 1 GOHLT (Fachausschüsse)

Hier geht es darum, welche Fachausschüsse in welcher Besetzung wir wählen. Das ist im einzelnen ausgedrückt. - Herr Kollege Weist, Sie haben das Wort.

Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Soweit ich mich erinnere, hatten wir verabredet, daß es "Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz" heißen soll und nicht "Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten".

Hinsichtlich des Ausschusses für Wirtschaft müssen die Worte "und Technik" gestrichen werden.

Präsident Möller (Gießen):

Es widerspricht niemand. Wer ist für die Annahme der Vorlage in der eben vorgetragenen Fassung? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so gebilligt.

b) Beschlussfassung über die Zahl der Mitglieder der Fachausschüsse (§ 50 Abs. 3 GOHLT)

Das Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für die Annahme der Vorlage? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist auch dieser Punkt einstimmig beschlossen.

c) Beschlussfassung über die Einsetzung ständiger Unterausschüsse (§ 50 Abs. 2 GOHLT)

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer ist für die Annahme der Vorlage? - Danke. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so gebilligt.

d) Beschlussfassung über die Zahl der Mitglieder der ständigen Unterausschüsse (§ 50 Abs. 3 GOHLT)

Das Wort wird nicht gewünscht. Wer ist für die Annahme der Vorlage? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Bestellung des Hauptausschusses (Art. 93 HV, § 6 GOHLT)

Nach Art. 93 der Hessischen Verfassung bestellt der Landtag einen ständigen Ausschuß, den Hauptausschuß, und nach § 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung besteht dieser Hauptausschuß aus 15 nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählten Abgeordneten. Nach Abs. 2 ist eine Vertretung für ordentliche Mitglieder nur durch die vom Landtag in einem besonderen Wahlgang gewählten Vertreter zulässig.

Es liegt Ihnen hierzu ein Wahlvorschlag aller Fraktionen mit der Drucks. 14/11 vor. Zunächst bitte ich um Abstimmung über die ständigen Mitglieder. Das ist die linke Spalte auf der Vorlage. Gibt es weitere Wünsche? - Das ist nicht der Fall. Wer stimmt der Vorlage insoweit zu? - Danke schön. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Dann muß über die stellvertretenden Mitglieder abgestimmt werden. Das sind die Damen und Herren in der rechten Spalte. Gibt es hier noch Wünsche? - Keine. Wer ist für die dort Gewählten? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann war das ebenfalls einstimmig. Damit sind auch die stellvertretenden Mitglieder gewählt.

Punkt 11:

Wahl von drei Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts (Art. 78 HV, § 2 Wahlprüfungsgesetz) - Drucks. 14/12 -

Zu wählen sind drei Mitglieder des Wahlprüfungsgerichts. Die Fraktionen der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN schlagen Ihnen die Abg. Dr. Jung (Rheingau) (CDU), Weidmann (SPD) und Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vor. Wer widerspricht einer offenen Abstimmung darüber? - Niemand. Dann wird offen abgestimmt. Wer stimmt dem Wahlvorschlag zu? - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen. Dann besteht das Wahlprüfungsgericht aus den beiden höchsten Richtern des Landes und den eben gewählten Abgeordneten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. betreffend die Immunität von Abgeordneten des Hessischen Landtags - Drucks. 14/13 -

Ich lese die Vorlage einmal vor, damit unsere Zuhörerinnen und Zuhörer nicht des Glaubens sind, wir würden uns besondere Freiheiten herausnehmen. Mit der Drucks. 14/13 ist beantragt, auch für die 14. Wahlperiode die generelle Einwilligung zur Durchführung von Ermittlungsverfahren gegen Abgeordnete und zur Durchführung bestimmter Maßnahmen der Beweissicherung und anderer Maßnahmen zu erteilen.

Das Wort wird nicht gewünscht. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist auch das einstimmig beschlossen.

Ich rufe jetzt den zurückgestellten **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Feststellung der Tagesordnung (§ 58 Abs. 3 GOHLT)

Wer wünscht dazu das Wort? - Herr Kollege Dr. Jung (Rheingau)!

Dr. Jung (Rheingau) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beantragen, unseren Dringlichen Antrag zur Vorlage eines Nothaushaltes 1995 anzunehmen, und zwar vor Abgabe der Regierungserklärung, ihn also als neuen Tagesordnungspunkt 19 auf die Tagesordnung zu nehmen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Sätze zur Begründung sagen.

Nach der Wahl ist für jeden Bürger erkennbar, daß die Finanzlage des Landes in eine dramatische Unordnung geraten ist.

(Claus (SPD): Sie sprechen vom Bundeshaushalt oder was?)

Denn die Landesregierung hat sich genötigt gesehen, eine zwanzigprozentige Haushaltssperre zu verhängen. Herr Kollege Claus, als das vorherige Parlament im Dezember den Haushalt verabschiedet hat, sprach die Regierung - ich denke auch Sie - von einer soliden Finanzpolitik.

(Claus (SPD): Das ist immer noch so!)

Im Januar hat, auf unsere Kritik hin, daß hier ein Milliardenloch klaffe, Finanzminister Welteke diese Aussage als eine maßlose Übertreibung qualifiziert. Nur, nach der Wahl, stellt die Regierung selbst fest, daß 1,4 Milliarden DM im hessischen Haushalt fehlen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen in diesem Zusammen-

hang leider den Vorwurf nicht ersparen, daß nicht korrekt mit den Finanzen des Landes Hessen umgegangen wird und daß hier auch ein Wahlbetrug vorliegt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur Geschäftsordnung bitte, zur Geschäftsordnung! - Clauss (SPD): Sie haben es immer noch nicht kapiert!)

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Dr. Jung, Sie haben das Wort für fünf Minuten zur Geschäftsordnung.

(Clauss (SPD): Drei Minuten, Herr Präsident!)

Dr. Jung (Rheingau) (CDU):

Ich begründe gerade, warum diese Aussprache vor der Regierungserklärung sein soll: Wenn man über neue Programme redet,

(Clauss (SPD): Er hat es vor der Wahl nicht kapiert und kapiert es jetzt nicht!)

muß man zunächst einmal wissen, auf welcher finanziellen Basis man über neue Programme sprechen will.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, das Selbstverständnis dieses Parlamentes verlangt es, wenn ein solcher Fehlbetrag von 1,4 Milliarden DM festgestellt und eine zwanzigprozentige Haushaltssperre verfügt wird, daß der Haushalt neu aufgestellt und ein Nachtragshaushalt vorgelegt und erst daraufhin eine entsprechende Regierungserklärung abgegeben wird. Ich bitte Sie, im Interesse des Parlamentes unserem Antrag zuzustimmen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Weist zur Geschäftsordnung!

Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eben in der Eröffnungsrede etwas über Rituale gehört. Offensichtlich beginnen wir jetzt wieder mit einem Ritual. Herr Kollege Jung hat es vorgemacht. Er will das, was im Wahlkampf an Auseinandersetzungen stattgefunden hat, hier verlängern. Auch die Theatralik, die Sie, Herr Dr. Jung, an den Tag gelegt haben, die sich nicht auf die Geschäftsordnung, sondern auf die Sache bezogen hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sowohl der Antrag als auch die Begründung, die Sie geliefert haben, substanzlos sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Wo wollen Sie die Milliarden hernehmen?)

Wir sehen allerdings, daß das gesamte Parlament, alle 110 Abgeordneten und auch die hessische Öffentlichkeit nach vier Monaten parlamentsloser Zeit ein Interesse daran haben, wieder spannende Landtagsdebatten zu haben. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, den Antrag gemeinsam mit der Aussprache über die Regierungserklärung aufzurufen. Wir werden dann zur Sache, also zur Finanzpolitik, in dieser Debatte Stellung nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Hielscher für die F.D.P.-Fraktion!

Hielscher (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten den Antritt dieses Landtags durchaus über die Fraktionsgrenzen hinweg in dem Stil durchführen, den der neu gewählte Landtagspräsident vorhin angemahnt hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

In diesem Sinne glaube ich, wird man der konstituierenden Sitzung des neuen Hessischen Landtags nicht gerecht, eine Debatte zu überhöhen, indem man einen Antrag einbringt, der einzig und allein zum Ziele hat, eine sehr sachliche, an den Finanzen des Landes orientierte Debatte zu führen. Es ist heute nicht der Tag dazu. Wir werden in der nächsten Plenarsitzung des Landtags dazu hoffentlich eine Auseinandersetzung führen können.

Wir können als F.D.P.-Fraktion an die Koalitionsfraktionen nur appellieren, daß sie in der ersten regulären Arbeitssitzung des neu gewählten hessischen Parlamentes eine ordentliche Vorlage für einen notwendigen Nachtragshaushalt auf den Tisch legen. Angesichts der desaströsen Lage der Landesfinanzen ist dies geboten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Heute aber, meine Damen und Herren, wo es darum geht, daß wir den neuen Landtag konstituieren und die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, so er denn gewählt würde, entgegennehmen, würde dies aus unserer Sicht den Rahmen sprengen. Ich glaube, daß wir als Parlament gut beraten wären, nicht jetzt schon zu Beginn mit solchen Ritualen anzufangen, sondern wir sollten uns zunächst einmal der Aufgabe gewahr werden, vor der wir stehen, aber daß wir in der nächsten regulären Arbeitssitzung gemeinsam den politischen Streit führen. Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, wird sich meine Fraktion der Stimme enthalten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Möller (Gießen):

Herr Kollege Weidmann für die SPD-Fraktion!

Weidmann (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es vorwegnehmen. Wir werden der Dringlichkeit Ihres Antrages, Herr Dr. Jung, zustimmen, wenngleich ich nicht verhehlen will, daß von Dringlichkeit eigentlich keine Rede sein kann. Der ausscheidende Minister hat, wenn Sie seine Rede durchlesen, schon bei der Einbringung des Haushaltes und bei der abschließenden Diskussion im Dezember, von Risiken gesprochen. Er hat, auch auf Kritik der eigenen Fraktion hin, am 17. Januar eine Presseerklärung abgegeben und noch einmal auf Risiken hingewiesen, die sich aus der Steuerschätzung wie auch aus dem Waigelschen Steuermodell ergeben. Das ist seit Monaten bekannt.

Nur, meine Damen und Herren, Sie haben in den ganzen Monaten vor der Wahl und seit der Wahl offenbar überhaupt nicht verstanden, worum es geht. Jetzt versuchen Sie, mit diesem Antrag von Ihrer eigenen Konzeptlosigkeit abzulenken. Sie müßten eigentlich wissen, daß für Mai eine Steuerschätzung angesagt ist, die nicht nur von Hessen vorgenommen wird. Erst wenn sie vorliegt, kann man überhaupt sinnvoll arbeiten. Herr Kollege Hielscher hat

also durchaus recht. Das ist es, was Sie einkalkulieren. Es geht Ihnen also nicht um die Sache, Herr Kollege Dr. Jung, Sie wollten einen Gegenakzent zur heutigen Regierungserklärung des künftigen Ministerpräsidenten setzen und sind deshalb mit einem völlig untauglichen Antrag hierher getreten.

Wir werden Ihren Antrag gemeinsam in der Diskussion über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten abhandeln, sonst würde nur in den Wind gesprochen. Das Thema wäre sowieso Gegenstand der Diskussion geworden. Mehr hat dieser Antrag nicht verdient.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Meine Damen und Herren, damit ist der Geschäftsordnung Genüge getan, und wir kommen zur Abstimmung. Wer bejaht die Dringlichkeit des Antrages? - Das ist die erforderliche Mehrheit bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion, wie angekündigt. - Keine Gegenstimmen?

(Zurufe)

- Doch? - Ich lasse nochmals formal abstimmen. Gegenstimmen? - Vier Gegenstimmen bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion. Damit hat der Antrag zunächst einmal die notwendige Zahl der Stimmen erhalten.

Jetzt kommen wir zur Frage, wann wir ihn behandeln. Besteht Einigkeit darüber - -

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Vor Punkt 19! - Gegenruf des Abg. Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, zusammen!)

- Wer ist dafür, daß dieser Punkt vor der Erörterung der Regierungserklärung bzw. der Aussprache zur Regierungserklärung behandelt wird? Das muß geklärt werden. - Das ist die CDU-Fraktion geschlossen. Wer ist dagegen? - Das sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschlossen. Das letztere war die Mehrheit. - Enthaltung? - Die F.D.P.-Fraktion. Damit bleibt es bei der Tagesordnung.

Damit wird der Antrag zusammen mit der Aussprache zur Regierungserklärung aufgerufen. Dagegen gibt es keine Argumente mehr.

Ich rufe jetzt **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Entgegennahme einer Erklärung gemäß Art. 113 Abs. 2 HV

Meine Damen und Herren, mir ist folgendes Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten zugegangen:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Bevölkerung des Landes Hessen hat am 19. Februar 1995 ihre Abgeordneten zum Landtag neu gewählt. Der neu gewählte Landtag ist heute erstmals zusammengetreten. Nach Art. 113 Abs. 2 der Hessischen Verfassung erkläre ich namens der Hessischen Landesregierung den Rücktritt des Kabinetts. Die bisherige Landesregierung wird die laufenden Geschäfte gemäß Art. 113 Abs. 3 der Hessischen Verfassung bis zu deren Übernahme durch die neue Landesregierung weiterführen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hans Eichel, Ministerpräsident

Meine Damen und Herren, wir nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Wahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten (Art. 101 Abs. 1 HV)

Nach Art. 101 Abs. 1 der Hessischen Verfassung wählt der Landtag ohne Aussprache den Ministerpräsidenten mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder. Nach § 7 der Geschäftsordnung des Landtags erfolgt diese Wahl mit verdeckten Stimmzetteln. Wir müssen daher zunächst Wahlhelferinnen und Wahlhelfer bestellen. Jede Fraktion möge mir eine Wahlhelferin oder einen Wahlhelfer benennen.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Herr Kartmann! - Weidmann (SPD): Herr Schleicher! - Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Hinz! - Hiel-scher (F.D.P.): Herr Heide!)

Mit Drucks. 14/14 schlagen die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Landtagsabgeordneten Hans Eichel für die Wiederwahl zum Ministerpräsidenten vor. Werden weitere Wahlvorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Wahlhandlung. Nach dem Namensaufruf der Abgeordneten, der gleich erfolgen wird, erhält jede und jeder von Ihnen von den Wahlhelferinnen und Wahlhelfern einen neutralen, mit dem Siegel des Landtags versehenen Briefumschlag und einen Stimmzettel. Ich weise darauf hin - das ist sehr wichtig -, daß Ihr Stimmzettel nur ein Kreuz in einem Kreis und keinerlei weitere Kennzeichen oder Bemerkungen enthalten darf. Sonst ist dieser Stimmzettel ungültig.

Ich bitte zunächst die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, sich von dem ordnungsgemäßen Zustand des Wahlraumes und der Wahlunterlagen zu überzeugen. - Es werden keine Beanstandungen erhoben.

Dann beginnen wir mit dem Namensaufruf der Abgeordneten durch die Schriftführerinnen und Schriftführer.

(Folgt Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, jetzt wieder Platz zu nehmen, und frage: Gibt es irgendein Mitglied dieses Parlaments, das seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? - Ersichtlich keines. Das stimmt auch mit der Listenführung überein. Dann bitte ich die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, zunächst einmal die Umschläge ungeöffnet durchzuzählen. Wenn es 110 sind, können wir weitermachen.

(Folgt Auszählung der Stimmzettel)

Erst wenn alle sitzen, gebe ich das sicher mit Spannung erwartete Ergebnis der Wahl bekannt. - Meine Damen und Herren, ich lese nun die Niederschrift über die Wahl des Hessischen Ministerpräsidenten vor. Zahl der anwesenden und stimmberechtigten Abgeordneten: 110; Zahl der abgegebenen Stimmzettel: 110; Zahl der abgegebenen Stimmzettel: 110; Zahl der gültigen Stimmzettel: 110. Auf den Vorschlag, Hans Eichel zu wählen, entfielen 57 Stimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Nein gestimmt haben 53 Abgeordnete. Es gab keine Enthaltungen. - Herr Eichel, nachdem ich soeben Ihre Wiederwahl zum Ministerpräsidenten bekanntgegeben habe, darf ich Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Eichel (SPD):

Ich nehme die Wahl an.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Ich bedanke mich. - Wir kommen nun zu **Punkt 15:**

Vereidigung des Ministerpräsidenten (Art. 111 HV)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich jetzt von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Herr Eichel, nach Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten habe ich die Pflicht, Sie zu vereidigen. Nach Artikel 111 der Verfassung des Landes Hessen leistet der Ministerpräsident den Amtseid vor dem Landtag. Ich lese Ihnen jetzt gleich den Wortlaut des Eids vor und bitte Sie, ihn nachzusprechen. Sie können dies unter Hinzufügung einer religiösen Beteuerungsformel tun. Der Eid hat folgenden Wortlaut:

Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten sowie Verfassung und Gesetz in demokratischem Geiste befolgen und verteidigen werde.

Eichel, Ministerpräsident:

Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten sowie Verfassung und Gesetz in demokratischem Geiste befolgen und verteidigen werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Möller (Gießen):

Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Amtsführung zum Wohle des gesamten Landes und seiner Bevölkerung.

(Allgemeiner Beifall)

Eichel, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr herzlich für das Vertrauen, das mir der Hessische Landtag eben geschenkt hat. Ich versichere den Abgeordneten der Oppositionsfractionen, die mir ihre Stimme nicht geben konnten, daß ich in den kommenden vier Jahren eine faire Zusammenarbeit mit ihnen suchen werde. Ich versichere Ihnen allen und den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes: Ich werde alle Kraft für dieses Land einsetzen. Ich bitte Sie alle im Interesse dieses Landes und seiner Menschen um gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Präsident Möller (Gießen):

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident! Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 13.30 Uhr, um Ihnen Gelegenheit zu geben, Ihr Kabinett zu benennen, das Sie anschließend vor diesem Hause vereidigen werden.

(Unterbrechung von 13.17 bis 13.30 Uhr)

Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird auf die Minute pünktlich fortgesetzt. Ich werde, sobald Sie alle hier sind, den Tagesordnungspunkt 16 aufrufen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, auch der Herr Ministerpräsident wird ungeduldig, und das mit Recht. Wir wollen pünktlich weitermachen.

Wer jetzt noch die Chance bekommen will, Minister zu werden, muß Platz nehmen.

(Heiterkeit - Ministerpräsident Eichel: Ernannt habe ich schon!)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Mitteilung über die Ernennung der Ministerinnen und Minister (Art. 101 Abs. 2 HV)

Dazu erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Eichel, Ministerpräsident:

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gemäß Art. 104 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Hessen zeige ich an, daß ich heute Herrn Gerhard Bökel zum Hessischen Minister des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herrn Karl Starzacher zum Hessischen Minister der Finanzen,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herrn Rupert von Plottnitz zum Hessischen Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Herrn Hartmut Holzapfel zum Hessischen Kultusminister,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Dr. Christine Hohmann-Dennhardt zur Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herrn Lothar Klemm zum Hessischen Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Iris Blaul zur Hessischen Ministerin für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abg. Koch (CDU))

- da müssen Sie lange üben - und Frau Barbara Stolterfoht zur Hessischen Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung ernannt habe.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte Sie jetzt hierherzukommen, damit ich Sie vereidigen kann.

Präsident Möller (Gießen):

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich noch einen Moment gedulden würden, denn wir müssen jetzt erst Beschluß fassen über die Vertrauenserklärung für die Landesregierung. Aber das geht sehr schnell.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Beschlußfassung über die Vertrauenserklärung für die Landesregierung (Art. 101 Abs. 4 HV)

Nach Art. 101 Abs. 4 der Verfassung des Landes Hessen kann die Landesregierung ihre Geschäfte erst übernehmen, wenn "der Landtag ihr durch besonderen Beschluß das Vertrauen ausgesprochen hat". Dies beantragen die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und zwar mit der vorliegenden Drucks. 14/15. Wer nun diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Schönen Dank! Das haben die Vertreter von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschlossen getan. Wer stimmt dagegen? - Danke! Das haben die Vertreter von CDU und F.D.P. geschlossen getan. Enthaltungen? - Ich habe keine übersehen. - Dann steht fest: Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P. mit der erforderlichen Mehrheit angenommen worden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kann die Landesregierung ihre Geschäfte aufnehmen. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, sein Kabinett vor dem Landtag zu vereidigen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Vereidigung der Ministerinnen und Minister (Art. 111 HV)

Dazu müssen wir natürlich alle aufstehen.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Eichel, Ministerpräsident:

Sehr verehrte Frau Dr. Hohmann-Dennhardt, sehr verehrte Frau Blaul, sehr verehrte Frau Stolterfoht, sehr verehrter Herr Starzacher, sehr verehrter Herr Bökel, sehr verehrter Herr Klemm, sehr verehrter Herr von Plottnitz, sehr verehrter Herr Holzapfel! Sie haben nach Art. 111 der Verfassung des Landes Hessen vor dem Ministerpräsidenten den Amtseid zu leisten. Sie können diesen Eid gemäß Art. 48 der Verfassung des Landes Hessen in weltlicher oder auch in der religiösen Form leisten. Ich werde die Vereidigung in der Form vornehmen, daß ich Ihnen die Eidesformel vorlese und Sie dann bitte, einzeln die rechte Hand zu heben und den Eid dadurch zu leisten, daß Sie die Worte "Ich schwöre es!" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!" aussprechen. Ich verlese die Eidesformel:

Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten sowie Verfassung und Gesetz in demokratischem Geist befolgen und verteidigen werde.

(Die Ministerinnen Stolterfoht und Dr. Hohmann-Dennhardt sowie die Minister Bökel und Klemm leisten den Eid mit den Worten: "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!" - Ministerin Blaul sowie die Minister Starzacher, von Plottnitz und Holzapfel leisten den Eid mit den Worten: "Ich schwöre es!")

Herr Landtagspräsident, damit sind die Mitglieder des Kabinetts vereidigt.

Präsident Möller (Gießen):

Herr Ministerpräsident, ich beglückwünsche Sie und die Mitglieder Ihres Kabinetts noch einmal sehr herzlich zu der Ernennung und wünsche dem Kabinett im Interesse des Landes eine erfolgreiche Arbeit.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein. - Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Die Ministerinnen und Minister nehmen Glückwünsche entgegen.)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten (Art. 111 HV)

und erteile dem Ministerpräsidenten das Wort dazu.

Eichel, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich noch einmal bei Ihnen, den Abgeordneten, die mich gewählt haben, für Ihr Vertrauen bedanken und den Kolleginnen und Kollegen von der Opposition eine faire Zusammenarbeit - wie ich es eben getan habe -, soweit wir das wechselseitig zuwege bringen, anbieten. Wir werden mit Sicherheit nicht immer derselben Meinung sein, aber ich denke, es ist an der Zeit, den Wahlkampf Wahlkampf sein zu lassen und sich auf das zu konzentrieren, was für dieses Land wichtig ist.

Wo steht Hessen heute? Ich will Ihnen und mir ersparen, noch einmal detailliert den wachsenden Vorsprung Hessens vor den anderen Ländern darzustellen. Unser Land, alle Menschen, die hier leben und arbeiten, können stolz sein auf ihre Leistungen in den vergangenen Jahren, die Hessen so weit nach vorne gebracht haben. Wir werden gemeinsam mit Selbstbewußtsein an die Gestaltung der nächsten vier Jahre gehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden das Land stark machen für die Herausforderungen der Zukunft. Am Ende dieses Jahrtausends wird Hessen noch eindeutiger die Nummer eins in Deutschland und neben dem Großraum Paris die wichtigste Wirtschaftsregion des Kontinents sein. Die von mir geführte Regierung wird ihr vorrangiges Ziel in der weiteren Stärkung des Wirtschaftsstandortes und gleichzeitig in der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Hessenlandes sehen. Nur beides zusammen sichert den Standortvorteil, den wir haben. Dies ist eine Erkenntnis, die von den Verbänden der Wirtschaft inzwischen längst geteilt wird. Nur bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition - das muß man jedenfalls all dem, was noch in den letzten Monaten von der Opposition geäußert wurde, entnehmen - scheint diese Erkenntnis noch nicht angekommen zu sein. Wir werden den Generationenvertrag, den Vertrag zwischen jung und alt, zwischen uns und den künftigen Generationen, ernst nehmen. Unsere Kinder dürfen weder eine zerstörte Umwelt noch eine unbezahlbare Schuldenlast übernehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb müssen wir uns bescheiden.

Hessen ist das wirtschaftsstärkste Land dieser Republik. Darum muß es auch am meisten abgeben für den Aufbau Ost. Wir haben nicht mehr Geld in der Kasse als andere westdeutsche Länder. Solidarität hat ihren Preis - in unserem Fall einen sehr hohen. Wir werden den Solidaritätsvertrag mit den Menschen in der ehemaligen DDR einlösen. Allerdings, wir werden auch Kritik üben, wenn dort mit dem Geld der Steuerzahler - auch dem der Steuerzah-

ler aus Hessen - nicht verantwortungsbewußt umgegangen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben uns einer antizyklischen Finanz- und Wirtschaftspolitik verschrieben. In die tiefe Rezession hinein hatten wir die staatliche Nachfrage bewußt erhöht. So sind wir besser als fast alle anderen deutschen Länder durch die Krise gekommen. Nun, im Konjunkturaufschwung, müssen wir die Staatsnachfrage zurückfahren. Das heißt aber auch, daß wir trotzdem für diejenigen, die am Aufschwung nicht teilhaben - nach Ablauf jedes Konjunkturzyklus gibt es mehr Arme, mehr Arbeitslose -, weiter Hilfen anbieten müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" wird bleiben, ebenso wie andere Unterstützungsmaßnahmen. Jedoch kann das Land nicht ausgleichen, was der Bund insgesamt in der Arbeitsmarktpolitik versäumt.

Meine Damen und Herren, die Staatsausgaben gestalten nachhaltig das gesellschaftliche, das wirtschaftliche und das kulturelle Leben in diesem Land. Regierungshandeln entscheidet etwa über den Zugang zu Bildungseinrichtungen, es beeinflußt die Chancen der verschiedenen Branchen, sich am Markt zu behaupten, und nicht zuletzt, bestimmt es die Entwicklung am Arbeitsmarkt mit: für oder gegen die Integration von Erwerbslosen.

Ob sich die Bundesregierung dieser Verantwortung ihres Handelns bewußt ist, muß bezweifelt werden. Der Bund spart zu Lasten der Schwächsten und betreibt gleichzeitig eine hemmungslose Verschuldung. Er sagt kein Wort über die noch ausstehenden Bahnlasten. Die Kohlefinanzierung, vom Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungskonform beurteilt, wartet weiter auf eine akzeptable - und ich betone: auf eine zukunftsbezogene - Lösung. Verehrte Frau Kollegin Wagner, ich bin traurig darüber, daß es ausgerechnet die F.D.P. ist, die hier einer ökologischen Lösung im Wege steht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abg. Hahn (F.D.P.) - Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Hinzu kommt der Versuch, immer mehr Arbeitslose in die kommunale Sozialhilfe abzuschieben.

All das zusammen hat sich mittlerweile zu einem zusätzlichen zweistelligen Milliardenrisiko für den Bundeshaushalt und für die Haushalte der Länder und Gemeinden ausgewachsen. Die Freistellung des Existenzminimums hat die Bonner Koalition noch nicht bewältigt.

Die Stichworte der Koalition in Bonn für die nächsten Kapitel in ihrem Schuldenbuch können daher nur lauten: Einschnitte in Leistungsgesetze und/oder höhere Steuern.

Hessen stellt dem eine solide Finanz- und Haushaltspolitik und keine Zahlenjongliererei, wie wir sie vorhin von Herrn Dr. Jung gehört haben - das war schon wieder der klassische Auftakt: ich dachte das wäre jetzt, nachdem wir die Wahl hinter uns haben, vielleicht mal für einige Zeit suspendiert -, Hessen stellt dem eine solide Finanz- und Haushaltspolitik gegenüber.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorrangiges Ziel aller haushaltswirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Reformen, um die wir uns bemühen, ist die Reduzierung des staatlichen Finanzbedarfs. Die hessi-

sche Antwort auf die aktuelle Situation kann daher nur lauten: Reformfähigkeit auch bei knappen Kassen.

Wir hatten und haben immer noch mit erheblichen Steuereinnahmerückgängen als Folge der Rezession und des erheblichen Abschreibungsbedarfs der Banken aufgrund großer Firmenverluste und Firmenzusammenbrüche - jeder weiß, wovon da die Rede ist - zu kämpfen. Strukturelle Probleme sowie die bis dahin noch nicht dagewesene Mehrbelastung für die Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands haben die Kasse des Landes zusätzlich in dramatischem Umfang belastet. Vor vier Jahren betrug die Belastung des Landes durch Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, den Umsatzsteuerausgleich, die Beiträge an den Fonds Deutsche Einheit sowie Steuererlegungen mit Zahlungen an die anderen Länder rund 2,5 Milliarden DM. Zwei Jahre später erreichte dieser Wert bereits 4,7 Milliarden DM und belastete 1994, also im vergangenen Jahr, den Finanzrahmen Hessens mit fast 6,4 Milliarden DM. Trotzdem ist es uns gelungen, die jährliche Nettokreditaufnahme des Landes im selben Zeitraum von 1,67 Milliarden DM im Jahr 1991 auf einen Wert von 2,44 Milliarden DM im vergangenen Jahr zu begrenzen.

Die geschilderte Problematik betrifft nicht nur Hessen, sie betrifft alle Länder. Aber Hessen steht im Ländervergleich gut da. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung nimmt Hessen unter den alten Flächenländern mit 5.600 DM den dritten Platz ein, nach Bayern und Baden-Württemberg. Daran hat sich übrigens, meine Damen und Herren von der Opposition, seit 1990, als Sie die Regierung stellten, nichts geändert.

Und noch eine andere Zahl belegt Hessens gute Position: Mit unserer Investitionsquote von 14,8 Prozent liegen wir in diesem Jahr an zweiter Stelle.

Allerdings dürfen wir das Ausmaß der erreichten Verschuldung und die hohen Zinslasten auf keinen Fall übersehen. Die Politik der Landesregierung wird deshalb in der neuen Legislaturperiode durch eine deutliche Prioritätensetzung zugunsten der Rückführung des staatlichen Finanzbedarfs geprägt sein. Neue landespolitische Programme werden sich auf das absolut unumgängliche Maß beschränken. Alle neuen Ausgaben und Aufgaben stehen unter einem strikten Finanzierungsvorbehalt und werden nur dann angegangen, wenn ihnen nachweisbar dauerhafte Einsparungen an anderer Stelle gegenüberstehen.

Diese strikte Konsolidierungspolitik ist unumgänglich, da weitere erhebliche Risiken durch die Steuerpolitik des Bundes auf den Landeshaushalt zukommen. Um die Voraussetzungen für eine langfristig handlungsfähige Landespolitik zu sichern, ist vor allem ein spürbarer Stellenabbau in allen Bereichen der Landesverwaltung unumgänglich. Wir haben uns deshalb entschlossen, in den Jahren bis 1999 insgesamt 2.750 Stellen abzubauen.

Ich weise übrigens darauf hin, daß wir in den vergangenen vier Jahren bereits in dem vielfach kritisierten, aber in Wahrheit wirksamen Stellenpool über 1.300 Stellen abgebaut haben, und daß wir in der mittelfristigen Finanzplanung, die der Landtag im vergangenen Herbst zusammen mit dem Haushalt beschlossen hat, einen Stellenabbau in vier Jahren von 1.800 Stellen - 450 pro Jahr - bereits vorgesehen hatten. Dieser Stellenabbau wird durch natürliche Fluktuation, nicht durch Entlassungen erfolgen.

Da wir unsere Aufgabe, für Arbeit zu sorgen, ernst nehmen, werden wir uns darum bemühen, das öffentliche Dienstrecht so zu flexibilisieren, daß durch unterschiedliche Arbeitszeitmodelle die Möglichkeit besteht, bei glei-

cher Lohn- und Gehaltssumme mehr Menschen eine Beschäftigung im Landesdienst zu bieten, als das sonst bei einem solchen Stellenabbau der Fall wäre.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe natürlich auch auf Ihr Mittun an dieser Stelle. Das sage ich an die Opposition in diesem Hause. Eine Änderung von Bundesgesetzen ist nämlich nur möglich, wenn es eine gleichgerichtete Mehrheit im Bundestag und Bundesrat gibt.

Wie beim Land stagnieren auch bei den Kommunen die Steuereinnahmen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben zum Teil weiter stark an, vor allem bei der Sozialhilfe. So haben sich allein in Hessen in den vergangenen zehn Jahren die Sozialhilfelasten von 1,5 auf 4,7 Milliarden DM erhöht. Hinzu kommen laufend neue Ausgabenbelastungen sowie die angekündigten radikalen Veränderungen des Steuerrechts durch den Bund, die eine verlässliche kommunale Haushaltsplanung unmöglich machen.

Die sozialökologische Koalition stellt ihr Programm deshalb bewußt auf diese sehr ernste Finanzlage der Gemeinden und des Kommunalen Finanzausgleichs ab. Die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung wird ein Schwerpunkt sein, um durch eine Verminderung der Regeldichte vor Ort neue Spielräume zu einem eigenverantwortlichen Ausgleich der Haushalte zu schaffen.

Eine auf Konsolidierung ausgelegte Finanzpolitik in Hessen duldet keine weiteren Bonner Eskapaden. Den vorliegenden Entwurf - ich betone: den vorliegenden - eines Jahressteuergesetzes 1996 lehnen wir deshalb ab.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gilt, bei der Steuerfreistellung des Existenzminimums die in den letzten Jahren ständig gestiegenen Belastungen der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen zurückzuführen. Wir treten für eine verfassungskonforme Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages auf 13.000 DM für Ledige und 26.000 DM für Verheiratete ein. Dafür haben die SPD-geführten Länder bereits Finanzierungsvorschläge unterbreitet, insbesondere den Abbau von Steuervergünstigungen und eine Begrenzung des Ehegattensplittings.

Außerdem vermissen wir im Entwurf eines Jahressteuergesetzes 1996 die dringend notwendigen Regelungen zur Verbesserung des Familienlastenausgleichs.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das komplizierte und vor allem auch unsoziale Nebeneinander von Kinderfreibeträgen, Kindergeld und Kindergeldzuschlag muß durch ein einheitliches Kindergeld - nach unseren Vorstellungen 250 DM - ersetzt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einer Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und einer Absenkung der Gewerbeertragsteuer zum 1. Januar 1996 werden wir auf keinen Fall zustimmen. Sie würden die kommunalen Haushalte endgültig ruinieren. Eine Kompensation der Einnahmeausfälle über eine Umsatzsteuererhöhung ist finanz- und sozialpolitisch unannehmbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Reform der Gewerbesteuer - wir sind durchaus sprachsbereit - darf nur in Übereinstimmung mit Kommu-

nen und Ländern, nach Kenntnis aller Folgen und nach der Lösung aller Probleme, die durch eine solche Reform entstehen, durchgeführt werden.

Die Hessische Landesregierung wendet sich auch künftig vehement gegen die von der Bundesregierung praktizierte unsolide und ungerechte Steuer- und Finanzpolitik. Wir werden jeden Versuch bekämpfen, den Bundeshaushalt auf Kosten von Ländern und Kommunen zu entlasten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung wird andererseits alle Bemühungen unterstützen, die eine grundlegende Vereinbarung des Steuerrechts und eine bessere Überschaubarkeit der Steuergesetze für die Bürgerinnen und Bürger zum Ziel haben. Der Einstieg in eine ökologische Steuerreform ist auch aus diesem Grunde für uns dringlicher denn je.

Die traditionelle Umweltpolitik stößt an ihre Grenzen. Trotz zahlreicher Anstrengungen geht die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten weiter. Mit viel Aufwand wird versucht, die angerichteten Schäden zu reparieren. Damit werden die Probleme aber nicht grundlegend gelöst. Wir brauchen eine nachhaltige, die Lebensgrundlagen bewahrende Wirtschaftsweise. Wir müssen die natürlichen Ressourcen sparsamer nutzen und die Umwelt entlasten. Dies ist einer der wichtigsten Artikel im Generationenvertrag.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung wird sich daher auf Bundesebene für eine sozial verträgliche, ökologische Steuerreform einsetzen. Als ersten Schritt in diese Richtung wird sie über den Bundesrat eine Initiative zur Einführung einer Energiesteuer ergreifen. Die Steuer soll auf den Einsatz fossiler und nuklearer Energieträger erhoben werden. Sie setzt am Primärenergiegehalt an.

Der zu hohe Energieverbrauch ist ein entscheidender Faktor für Umweltbelastungen. Die schrittweise Verteuerung von Energie ist daher der wirkungsvollste Baustein eines ökologischen Steuersystems und ein wirksames Instrument zur Gestaltung einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Selbst Unternehmen wie zum Beispiel der Hamburger Otto-Versand oder der AEG-Bereich Haushaltsgeräte vertreten neuerdings öffentlich die Vorzüge einer ökologischen Steuerreform. Ich habe mit Interesse vernommen, daß auch im Bundeswirtschaftsministerium die positive Lenkungsfunction von Öko-Steuern erkannt worden ist. Aber warum handelt man dann nicht so?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesumweltministerin hat sich aus Anlaß des Klimagipfels in Berlin ebenfalls eindeutig geäußert. Ich erwarte deshalb, daß die hessische Initiative hier und in Bonn breite Zustimmung finden wird.

Eine ökologische Steuerreform darf aber kein zusätzliches Finanzierungsinstrument für den maroden Bundeshaushalt sein. Eine ökologische Steuerreform, die nachhaltig der Umwelt dient und Arbeitsplätze schafft, muß gleichzeitig die Kosten der Arbeit senken und Mittel zur Förderung des Energiesparens sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien bereitstellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Einnahmen aus einer Öko-Steuer erhöht sich also nicht der Staatshaushalt, sondern die Einnahmen werden sowohl den Unternehmen als auch den privaten Verbrauchern zurückerstattet. Die Steuerbelastungen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen werden also nicht weiter erhöht, sondern lediglich umgelenkt, weg von der Arbeit, hin zum Ressourcenverbrauch.

Daß dieses Modell kein Wunschdenken ist, hat im vergangenen Jahr das renommierte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einer Studie für Greenpeace nachgewiesen. Bis zu über 600.000 neue Arbeitsplätze können bis 2005 geschaffen werden. Der Energieverbrauch kann bis 2010 um 24 Prozent gegenüber 1997 sinken, und dies trotz eines gesamtwirtschaftlichen Wachstums von ungefähr 40 Prozent. Die CO₂-Emissionen würden entsprechend um 25 Prozent bzw. 268 Millionen t zurückgehen.

Die von Hessen vorgeschlagene ökologische Steuerreform würde somit ganz wesentlich dazu beitragen, die von der Bundesregierung anlässlich der Klimakonferenz in Rio de Janeiro vollmundig zugesagten CO₂-Minderungen tatsächlich zu verwirklichen. Wir hoffen daher auf die tatkräftige Unterstützung der hiesigen Opposition bei diesem Vorhaben.

Die öffentliche Verwaltung steht vor einer entscheidenden Bewährungsaufgabe, die gleichzeitig eine große Chance birgt. Auf allen Ebenen der Verwaltung drückt das Diktat knapper Haushaltsmittel. Gleichzeitig kommen neue Aufgaben auf die öffentliche Verwaltung zu, wächst der Erwartungsdruck der Bürger an "ihre" Verwaltung. Der allgemeine gesellschaftliche Wertewandel verändert auch die Einstellung zum Staat. Die Bürgerinnen und Bürger sind selbstbewußter, kritischer, anspruchsvoller, aber auch sensibler gegenüber Belastungen und zunehmend weniger anpassungs- und hinnahmewillig. Die Abkehr vom Untertanengeist und vom Obrigkeitendenken ist nicht zu kritisieren, im Gegenteil. Für die Verwaltung bedeutet dies aber, daß Bürger verstärkt eine Gegenleistung für ihre Steuer-gelder einfordern. Die Verwaltung muß sich diesem Anspruch stellen, sich selbst hohen Qualitätsmaßstäben unterwerfen, wenn sie weiter Zustimmung finden will.

Andererseits wird eine funktionierende, motivierte und effiziente öffentliche Verwaltung in zunehmendem Maße zu einem wichtigen Standortfaktor. Übrigens: Als Unternehmen in die neuen Bundesländer und dann in Osteuropa investieren wollten, da haben alle erkannt, wie wichtig eine funktionierende öffentliche Verwaltung ist und wie vergleichsweise wirklich gut unsere Verwaltung ist. Trotzdem muß unsere Verwaltung noch viel besser werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also zwingt die finanzielle Enge der öffentlichen Haushalte alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung dazu, die "schlanke Administration" im ureigensten Interesse zu einer zentralen Zukunftsaufgabe zu machen. Die Vollendung der Verwaltungsreform, der Umbau zu einer hoch-effizienten, motivierten und bürgerfreundlichen Verwaltung ist eines der herausragenden Ziele der vor uns liegenden Legislaturperiode. Nicht umsonst nimmt das Stichwort "Staatsmodernisierung" einen breiten Raum in den Koalitionsvereinbarungen zwischen Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. Bei der Umsetzung dieses Ziels werden so ziemlich alle Elemente und Modelle Eingang finden, die heute in der einschlägigen Fachwelt diskutiert werden. Ich nenne nur einige:

Das Grundkapital jeder öffentlichen Verwaltung sind motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ihnen kommt die Schlüsselrolle zu. Sie werden auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung von Landesregierung und Gewerkschaften in den Reformprozeß einbezogen; denn ohne ihre Mitarbeit, ohne ihre Einsatzbereitschaft für gemeinsam entwickelte Ziele, ohne ihre persönlichen Fähigkeiten und ihre berufliche Qualifikation wäre jede politische Anstrengung umsonst.

Um die notwendige Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Führungskräften möglich zu machen, werden die Fortbildungsmittel durch Umschichtung aus den Haushalten aller Ressorts erhöht. Hier hat der öffentliche Dienst insgesamt einen großen Nachholbedarf. Hervorgehobene Führungspositionen werden künftig zunächst nur auf Probe vergeben und nur mit Kräften besetzt, die ihre Führungsfähigkeit vorher unter Beweis gestellt haben. Ich würde mir wünschen, daß wir uns bei der Reform des Beamtenrechts auf Führungsfunktionen auf Zeit verständigen könnten. Aber ich bin skeptisch, ob das im Bundestag eine Mehrheit findet; im Bundesrat wohl schon.

Alle Maßnahmen werden in eine zielführende Personalentwicklungsplanung der Landesverwaltung und ihrer Dienststellen eingebettet. Sie dienen auch der individuellen beruflichen Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und vermitteln ihnen unter Beachtung ihrer persönlichen Interessen die zur optimalen Wahrnehmung ihrer jetzigen und zukünftigen Aufgaben erforderlichen Qualifikationen. Wo möglich, wird in Ergänzung der Kameralistik schrittweise kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Kostenrechnung eingesetzt.

Wir klammern aber auch so sensible Fragen wie Aufgabenkritik und Vollzugskritik nicht aus. Dies wird Aufgabe aller Ressorts sein, die hierüber regelmäßig dem Kabinett zu berichten haben.

Die Landesverwaltung konzentriert sich auf ihre wesentlichen Aufgaben. Aufgabenbereiche, die außerhalb einer Behördenstruktur besser oder dauerhaft wirtschaftlicher erledigt werden können, werden ausgegliedert und in einen Landesbetrieb oder in eine private Rechtsform überführt. Zur weiteren Beschleunigung von Entscheidungen und Genehmigungsverfahren werden zersplitterte Zuständigkeiten zusammengeführt, so daß die "Kunden" der Landesverwaltung möglichst nur einen Ansprechpartner haben.

Meine Damen und Herren, qualitatives Wachstum und ressourcenschonendes Wirtschaften schaffen die besten Voraussetzungen für hohe Beschäftigung, für Sicherung und gerechte Verteilung des Wohlstandes sowie für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Spitzenstellung Hessens innerhalb der Bundesrepublik wollen wir durch eine sozial-ökologisch verantwortliche Wirtschaftspolitik sichern und ausbauen. Auch dies ist eine Aufgabe des Generationenvertrags.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hessische Landesregierung wird der Stärkung der Wirtschaftskraft und dem Abbau von Arbeitslosigkeit Priorität einräumen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, daß Beschäftigungs- und Qualifizierungsstrukturen in allen Regionen

des Landes in ausreichendem Maß vorhanden sind. Der Konzentration der Entwicklung auf einzelne Zentren oder einer Monostrukturierung müssen wir entgegenwirken. Unsere Wirtschaft muß heute die Produkte und Verfahren entwickeln, mit denen wir morgen in den Märkten der Zukunft im Wettbewerb bestehen können. Vornehmliche Aufgabe ist es, die Innovationsfähigkeit der hessischen Wirtschaft zu stärken. Dabei setzen wir auf marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen und auf eine Allianz von Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik, die Arbeitsplätze sichert und neue schafft.

Die Technologiestiftung werden wir zusammen mit der hessischen Wirtschaft weiter ausbauen. Mit dem Innovationsfonds werden wir moderne Technologien voranbringen und die Kooperation von Hochschule und Wirtschaft weiter verbessern. Das Technologieprogramm des Landes wird die Errichtung von Technologiedienstleistungszentren fördern; wir wollen den Transfer von Wissen aus dem hochschulnahen Bereich in die Betriebe beschleunigen. Mit Innovationsbeteiligungen des Landes werden wir jungen, kreativen Unternehmen zusätzliche Sicherheit beim Investieren geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jährlich stehen dafür bis zu 50 Millionen DM aus dem Bürgschaftsrahmen des Landes zur Verfügung. So können aus Ideen schneller Produkte werden. Ich sage aber, da wir den großen deutschen, den großen europäischen Finanzplatz hier im Lande in Frankfurt haben: Dies ist auch eine Aufgabe der Banken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Dauer der Genehmigungsverfahren ist für die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Produktionsstandorts Hessen ein nicht zu unterschätzender Faktor. Neuartige Produktionsverfahren, Verfahrensumstellungen und Nachrüstungsmaßnahmen verbessern darüber hinaus in aller Regel erheblich die Umweltqualität. Die Dauer der Genehmigungsverfahren konnte durch ein Bündel von Maßnahmen in der letzten Legislaturperiode auf durchschnittlich sieben Monate verkürzt werden. Diese Leistung wird auch von der Wirtschaft ausdrücklich gewürdigt.

Die Landesregierung wird die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Dauer der Verfahren - ohne Abstriche bei der Prüfungsqualität - weiter deutlich zu reduzieren. Wir werden die Organisation der Verwaltung durch Bündelung von Vollzugs- und fachtechnischen Aufgaben straffen. Die Beteiligungsdauer eines Großteils der Kommunen muß deutlich verkürzt werden; hier muß noch einiges geschehen. Durch eine Intensivierung der Beratung der Antragsteller soll die Qualität der Anträge verbessert werden, um Unterlagennachforderungen zu vermeiden. Das erfolgreich eingeführte Projektmanagement wird erweitert und verbessert.

Meine Damen und Herren, die gute Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist der Standortfaktor für gute wirtschaftliche Entwicklung auch in der Zukunft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Konjunkturkrise war Anlaß für viele Unternehmen in der Industrie - zum Teil ist sie es noch -, ihre Ausbildungskapazitäten abzubauen. Erfreulicherweise hat das Hand-

werk seine Anstrengungen bei der Berufsausbildung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aufrechterhalten. Dafür möchte ich dem Handwerk ausdrücklich Dank sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen setzt auf eine Ausbildungspartnerschaft der Unternehmen in Industrie und Handwerk, im Bereich der Dienstleistungen und bei der öffentlichen Hand. Das Land selbst wird seine Aufgaben voll wahrnehmen. Wir wollen durch gute berufliche Ausbildung und moderne Weiterbildungsangebote jungen Menschen den Start in die Arbeitswelt ermöglichen. Das ist die Voraussetzung dafür, daß unsere Wirtschaft im Wettbewerb der Zukunft bestehen kann.

Meine Damen und Herren, ich begrüße ausdrücklich, daß in einer Reihe von Wirtschaftszweigen inzwischen tarifvertragliche Regelungen gefunden worden sind, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Aber ich sage: Wenn die Industrie weiter so ihre Verpflichtungen vernachlässigt, wie das in den letzten Jahren zu beobachten war, wird die Diskussion um eine umlagenfinanzierte Ausbildungsabgabe nicht mehr zu vermeiden sein. Sie wird von der Wirtschaft selbst kommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Unternehmen, die die Aufgaben wahrnehmen, dürfen dafür nicht auch noch finanziell bestraft werden; und die anderen, die sie nicht wahrnehmen, dürfen sich nicht finanziell entlasten.

(Claus (SPD): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, Hessen zeichnet sich durch eine exzellente Infrastruktur aus. Für die Attraktivität des Industrie- und Dienstleistungsstandorts Rhein-Main kommt es entscheidend darauf an, den Frankfurter Flughafen in seiner Bedeutung als internationalen Großflughafen zu stärken. Wir wollen die Kapazitätsprobleme des Flughafens durch ein verbessertes Nutzungskonzept lösen. Auf der Basis des bestehenden Start- und Landebahnsystems wird der Flughafen so seine Kapazitäten erweitern können. Das eröffnet dem Flughafen die Wettbewerbschancen, mit denen unser Tor in die Märkte der Welt eine gute Entwicklung nehmen kann.

Die Belastungen für die Menschen in der Region durch Lärm und Schadstoffe müssen durch technische Optimierung der Flugzeuge und durch eine Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen vermindert werden. Deshalb haben Landesregierung und Flughafen AG der Verlagerung der militärischen Flugbewegungen hohe Priorität eingeräumt. Im Einvernehmen mit der Landesregierung wurden Mittel für Ersatzinvestitionen in Ramstein zur Verfügung gestellt. Die Zahl der nächtlichen Flugbewegungen in Frankfurt wird durch den Wegfall von Starts und Landungen des militärischen Flugverkehrs deutlich zurückgehen.

Weltweit müssen wir gegen die Gefahren des Flugverkehrs für das Klima vorgehen. Die steuerliche Privilegierung des Flugbenzins muß ein Ende haben; Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Verkehrspolitik des Landes setzt - gegen den Stau - auf die Bewahrung der Möbi-

lität. Mobilität kennzeichnet die moderne Gesellschaft. Für die Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen wie für die Wirtschaft ist sie ein wichtiges Element der freien Entfaltung. Freilich müßten auch hier die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Das würde sicher zu einer Reduzierung des Verkehrs führen.

Angesichts einer verfehlten Politik des Bundes, die seit vielen Jahrzehnten einseitig den Verkehrsträger Straße bevorzugt, werden nicht nur die Auswirkungen des ständig wachsenden Verkehrs für Menschen und Umwelt immer bedrohlicher, die Mobilität selbst ist in Gefahr.

Die Landesregierung will eine Verkehrspolitik, die Mobilität für alle bewahrt, die Verkehrssicherheit verbessert, die Umweltbelastungen reduziert und die Kosten des Verkehrs sozial verträglich macht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb setzen wir auf eine integrierte Verkehrspolitik, die alle Verkehrsträger miteinander verknüpft, schwerpunktmäßig aber die öffentlichen Verkehrsangebote als attraktive Alternative fördert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung wird also die Schiene-Vorrangpolitik fortsetzen.

Hessen ist bereits an mehreren Orten an den ICE-Verkehr der Bahn angeschlossen. Die wirtschaftlichen Impulse, die mit dieser Zukunftsinvestition verbunden sind, sind augenfällig. Mit der Verwirklichung der Hochleistungsstrecke Köln - Rhein-Main rücken die wichtigsten Wirtschaftsregionen Deutschlands näher zusammen. Mit dem Ausbau der transeuropäischen Netze wird Hessen in die Hochleistungsstrecke Paris - Frankfurt - Berlin - Warschau einbezogen. Wir halten an unserer Forderung fest, daß der Bund die Mittel für den Streckenausbau zwischen Hanau und Erfurt rasch bereitstellen muß.

Die Mitte-Deutschland-Verbindung von Dortmund über Kassel nach Thüringen und Sachsen soll nach den Erklärungen der Deutschen Bahn AG bereits kurzfristig mit Fernverkehrszügen mit moderner Neigetechnik befahren werden. Dafür sind technische Anpassungen der Strecke für den Betrieb dieser neuen Zugsysteme erforderlich, aber das Ziel des leistungsfähigen Streckenausbau unter Beachtung der Umweltverträglichkeit bleibt bestehen. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit den Bund nachdrücklich an seine wiederholte Zusage und wäre Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, dankbar, wenn Sie, wo Sie etwas für Hessen tun können, auch Ihre Verantwortung wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen ist das erste Flächenland der Bundesrepublik Deutschland, in dem der regionale öffentliche Personennahverkehr flächendeckend in kommunalen Verkehrsverbänden organisiert ist. Bis zum Start des neuen Rhein-Main-Verkehrsverbundes und des Nordhessischen Verkehrsverbundes sind es nur noch wenige Wochen. Mit abgestimmten Fahrplänen, koordinierter Linienführung und einheitlichem Tarifsystem wird der öffentliche Personennahverkehr in Hessen für die Fahrgäste attraktiver. Zur Bewahrung der Mobilität wollen wir den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Grundlage einer partnerschaftlichen Finanzierung mit den kommunalen Gesellschaftern der Verkehrsverbände fortsetzen. Der

Ausbau des S-Bahn-Verkehrs in der Rhein-Main-Region soll vorangebracht werden. Zusätzliche über Stadtgrenzen hinausgehende Angebote auf der Schiene sind unser Ziel.

Für einen modernen und umweltverträglichen Güterverkehr sind die optimale Verknüpfung der Verkehrsträger und die Stärkung der umweltfreundlichen Schiene Voraussetzung. Die Einbindung des Frankfurter Flughafens in das Güterverkehrsnetz der Bahn ist dafür ein wichtiger Schritt. Wir wollen den Bau von Güterverkehrszentren in Rhein-Mein-West und in der Region Kassel fördern und auch in Mittelhessen an einer intermodalen Verkehrseinrichtung mitwirken.

Gemeinsam mit dem Verkehrsgewerbe soll ein schienengebundenes Güterverkehrskonzept entwickelt und verwirklicht werden. Auf der Basis des Ringzugsystems "Hessen Cargo" sollen Alternativen zum Gütertransport auf der Straße weiterentwickelt und, wenn sie wirtschaftlich tragfähig sind, auch realisiert werden.

Meine Damen und Herren, Hessen verfügt über ein gut ausgebautes Straßennetz. Wir müssen daher verstärkt in seine optimale Nutzung und in seine Erhaltung investieren. Für die hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung besteht ein durch den Bund erteilter gesetzlicher Planungsauftrag. Hessen wird diesen Planungsauftrag bundestreuen umsetzen. Nach einer angemessenen Prioritätensetzung werden die Dringlichkeit der Projekte, ihre Finanzierbarkeit und der wirtschaftliche Einsatz der Planungskapazitäten berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, allerdings sage ich auch: Planungsvorhaben, die niemandem wirklich dienen und die Umwelt unerträglich belasten, ja zerstören - wie die A 4 zwischen Olpe und Hattenbach -, werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden politischen Mitteln bekämpfen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dem, was zu tun ist, ist das Schließen der Lücken im Fernstraßennetz vordringlich. Die Autobahn A 66 zwischen Schlüchtern und Fulda soll schnellstmöglich gebaut werden. Im Frankfurter Osten gibt es für die technische Lösung des Lückenschlusses keine Vorfestlegungen. Die Realisierung des Anschlusses ist mit der Absicherung des Baus der nordmainischen S-Bahn nach Hanau verbunden. Die Planung der Autobahn A 44 von Kassel zur thüringischen Landesgrenze wird entsprechend dem Bundesverkehrswegeplan vorangebracht. Dabei werden die verschiedenen Trassenvarianten weiterverfolgt, die sich aus den Umweltverträglichkeitsgutachten und Verkehrsuntersuchungen ergeben. Es ist eine menschen- und landschaftschonende Variante zu wählen.

Aber es gibt keine Variante, die nicht in gleichem Maße Orte berührt und Menschen betrifft. Es bleibt unredlich, was Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, im Zusammenhang mit der A 44 in Nordhessen veranstalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

- Wissen Sie, was Sie erreichen? Sie erreichen nur das, was Sie uns immer vorgeworfen haben: daß das Projekt sich so in die Länge zieht, bis Nordhessen wirklich abgekoppelt ist. Das ist das einzige Ergebnis Ihrer politischen Arbeit.

bringen die verschiedenen hessischen Förderprogramme in diesem Bereich. Die von uns allein in den Jahren von 1991 bis 1993 für die Förderung von Solaranlagen, Blockheizkraftwerken, Nahwärmenetzen und Gasheizkraftwerken sowie von Wind- und Wasserkraftanlagen aufgewendeten rund 110 Millionen DM haben ein Investitionsvolumen von 420 Millionen DM ausgelöst.

Dies bedeutet für die Nutzungsdauer der geförderten Anlagen eine CO₂-Reduzierung von 3,5 Millionen t. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die auf dem Klimaschutzgipfel in Berlin einen Beleg für ihr grandioses Scheitern in der Energie- und Klimapolitik abliefern hat, hat Hessen gehandelt und wird seine Anstrengungen in diesem Bereich zum Beispiel durch die Förderung von Modellvorhaben zur nachträglichen Wärmedämmung auf Niedrigenergiestandard deutlich machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die, jedenfalls im Wahlkampf, so oft gescholtenen Sonderabfall- und Grundwasserabgaben haben ihre gewünschte doppelte Wirkung voll entfaltet. So sank die Sonderabfallmenge in Hessen in den letzten vier Jahren um 140.000 t im Jahresdurchschnitt. Der Wasserverbrauch beispielsweise im Rhein-Main-Gebiet ging trotz steigender Einwohnerzahl um über 20 Millionen cbm zurück. Zugleich wurden mit 100 Millionen DM Fördermitteln aus der Grundwasserabgabe Investitionen in Wasserspantechnologien in Höhe von rund 180 Millionen DM ausgelöst. Auch dies alles sind Aufträge für das örtliche Handwerk.

Bei der Umsetzung der hessischen Sommersmog-Verordnung im Jahre 1994 hat sich eindrucksvoll gezeigt, welcher Fehleinschätzung CDU und F.D.P. im Blick auf die Erwartungen der hessischen Bevölkerung an die hessische Landespolitik unterlegen sind. Nicht etwa das Bedürfnis nach freier Fahrt stand im Vordergrund, sondern die berechnete Forderung, daß die Landesregierung alles zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitlichen Belastungen zu tun habe.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Aus diesem Grund hat Hessen als erstes Land mit Tempolimits auf die Ozonbelastung reagiert, wohl wissend, daß dies allein nicht ausreichen wird und es weitergehender Maßnahmen bedarf. Inzwischen haben andere Bundesländer nachgezogen. Lediglich die Bundesregierung scheint keine Mühe zu scheuen, notwendige verkehrsbeschränkende Maßnahmen zu verzögern oder ganz zu verhindern.

Hessen wird sich davon in seiner Verantwortung für die Gesundheit der Menschen in diesem Lande nicht zurückhalten lassen und in diesem Jahr weitergehende Maßnahmen, die auch Fahrverbote für nicht schadstoffarme Fahrzeuge in den Ballungsräumen beinhalten, ergreifen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Sicherheit in Hessen steht auf dem festen Fundament einer gut bezahlten, motivierten, gut ausgestatteten Polizei. In der vergangenen Legislaturperiode sind hier Meilensteine gesetzt worden. Die zentralen Programme werden fortgesetzt, insbesondere die Verwirklichung der zweigeteilten Polizeiaufbahn.

Hessen ist das erste Land, das ab Herbst nur noch in den gehobenen Polizeidienst einstellt. Damit wird die Polizei für ihre künftigen Aufgaben noch besser vorbereitet. Bei uns stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Mittelpunkt aller Bemühungen. Ihre Leistungsfähigkeit zu fördern, ihr Engagement gerecht zu würdigen trägt mehr zur inneren Sicherheit bei als alle Law-and-order-Parolen, auf die insbesondere Sie, meine Damen und Herren von der CDU, so stolz sind.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Polizei ist von Stelleneinsparungen im Landesdienst betroffen. Daran führt kein Weg vorbei. Ausgeschlossen werden sollen möglichst Stellenstreichungen im sachbearbeitenden Bereich, also dort, wo Polizeiarbeit für die Bürgerinnen und Bürger wirklich spürbar wird. Das Konzept der Neuorganisation der Polizeipräsidien und Polizeidirektionen zielt bereits darauf ab, Hierarchien abzubauen und den Überbau zu verschlanken. Diese Bemühungen müssen jetzt in erster Linie die Stelleneinsparungen erbringen.

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik ist de facto ein Einwanderungsland. Mehrere Generationen von Ausländern leben unter uns. Mehr als jeder zehnte Hesse oder jede zehnte Hessin hat einen ausländischen Paß. Während die Bundesregierung noch immer eine Politik der Ausgrenzung und Abschottung betreibt, setzt Hessen auf Integration. Dies ist der notwendige Ansatz, um eines der wichtigsten Themen für die Zukunft unseres Landes angemessen zu behandeln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bonner Koalitionsvereinbarung - Sie wissen es - ist ein Armutszeugnis im Hinblick auf die Zuwanderung. Hier werden Zukunftschancen verspielt; denn die demographische Entwicklung wird uns zwingen, künftig wieder Menschen ins Land zu holen. Zur Zeit sind wir bei Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot sicher nicht das richtige Einwanderungsland. Aber die wirtschaftsnahen Institute fordern künftig 400.000 bis 700.000 Einwanderer jährlich, um den Bevölkerungsschwund und die Verschiebungen in der Alterspyramide auszugleichen.

Das ist auch eine Frage der Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft. Es ist eben ein großer Unterschied, ob Ingenieure, Forscher, Manager oder Facharbeiterinnen und Facharbeiter im Durchschnitt über 40 Jahre oder unter 40 Jahre alt sind.

(Zuruf des Abg. Hahn (F.D.P.))

Die Frage, ob wir ein Einwanderungsland sind, ist von vorgestern. Die aktuelle Frage lautet: Wie können wir die Zuwanderung steuern? Hessen wird sich deshalb für eine geordnete Regelung einsetzen.

In diesem Zusammenhang fordern wir auch eine Neuordnung des Staatsangehörigkeitsrechts. Es ist kein multikultureller Luxus, wenn man Menschen, die auf Dauer hier leben, die deutsche Staatsbürgerschaft anbietet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es entspricht vielmehr dem demokratischen Grundgedanken, daß ein bedeutender Teil der Bevölkerung nicht auf Dauer außerhalb der staatlichen Gemeinschaft stehen soll.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Bei dieser Trasse sind gleichzeitig Verlagerungseffekte auf die Schiene im Nah- und Fernverkehr, um die wir uns nachdrücklich bemühen, sowie im Güterverkehr zu berücksichtigen.

Zum Abschluß der Autobahn A 49 strebt die Landesregierung eine landschaftsschonende und möglichst kurze Verbindung zwischen dem jetzigen Bauende und der A 5 an. Deshalb wird das Gebiet der Verkehrsuntersuchung und der Umweltverträglichkeitsstudie um den Korridor "Neuental - östlich Schwalmstadt - Korridor B 254" zur A 5 im Bereich Alsfeld erweitert.

Meine Damen und Herren, Hessen profitiert von der Vielfalt seiner Regionen. Das Rhein-Main-Gebiet ist eine dynamische Wirtschaftsregion auf einem internationalen Spitzenplatz. Der Dienstleistungssektor prägt hier in besonderer Weise den Standort. Chemie und Fahrzeugbau beherrschen die Industriestruktur der Region, innovative Unternehmen im Bereich der Zukunftstechnologien sind hier zu Hause. Wir wollen den Entwicklungsprozeß der Rhein-Main-Region durch konzentrierte Infrastrukturpolitik begleiten. Dabei gilt dem produzierenden Gewerbe im Ballungsraum, weil es dort besonders leicht von Verdrängung betroffen ist, unser besonderes Augenmerk.

In Nordhessen haben sich nach der deutschen Einigung aufgrund der zentralen Lage der Region neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnet. Kassel und Nordhessen haben Anschluß gefunden. Jetzt gilt es, insbesondere am Arbeitsmarkt, Strukturprobleme - zum Beispiel auch, wie wir es eingeleitet haben, mit Hilfe der Europäischen Union - zu überwinden.

Mittelhessen ist ein traditionell geprägter Industriestandort. Hier werden neue Beschäftigungsimpulse im Bereich der Technologiesdienstleistungen gefördert, und dies in großem Umfang. In der Region haben Politik und Wirtschaft sowie hochschulnahe Einrichtungen gemeinsam diese Chance erkannt. Unternehmen, beispielsweise in der Umwelttechnik, sehen in der Region neue Arbeitsplatzchancen.

Das südliche Hessen nutzt seine wirtschaftlichen Perspektiven in der Region. Orientiert auf die Wirtschaftsräume Rhein-Main und Rhein-Neckar hat sich hier ein eigenständiges Profil entwickelt, das durch die Ansiedlung von Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologien weitere Modernisierung erfährt.

Frankfurt als zentralem Wirtschafts- und Finanzplatz kommt für die Entwicklung des Landes eine außerordentliche Bedeutung zu. Die Vernetzung der Stadt mit dem Umland muß eine neue Qualität erreichen. Die Landesregierung wird diese neue Qualität zusammen mit der Stadt, den Umlandgemeinden und -kreisen und dem Umlandverband sichern. Frankfurts Dienstleistungen für die Menschen in der Region müssen nicht nur gewürdigt, sondern auch dauerhaft gesichert werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon so eine Sache mit dem Verhältnis zwischen Stadt und Umland. Man konnte das eben auch genau beobachten.

(Lachen der Abg. Schönhut-Keil und Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Weist (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der kommt aus Fulda!)

- Ja, er ist schon wieder ein bißchen weiter weg, er kann wieder klatschen.

Die Basis dafür ist ein fairer Lastenausgleich. Das Land wird in dieser Debatte seine Rolle, vom Moderator bis erforderlichenfalls zum Gesetzgeber, spielen.

Meine Damen und Herren, Hessen lebt von der Vielfalt seiner Regionen. Die Identität der ländlichen Regionen als eigenständige Wirtschafts- und Lebensräume wollen wir mit der Fortführung des hessischen Regionalprogramms stärken, die Programme der Europäischen Union zur Förderung der ländlichen Regionen und der Landwirtschaft wird Hessen ausschöpfen.

Das Dorferneuerungsprogramm mit seiner Orientierung an sozialen, wirtschaftlichen und baulichen Strukturen, die für den ländlichen Raum typisch sind, wird fortgesetzt und als Beitrag zur Stärkung der ländlichen Regionen weiterentwickelt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hessen-Koalition hat sich auf das Ziel verständigt, 100 Ortsteile als Förderschwerpunkte in dieser Wahlperiode neu aufzunehmen. Mit diesen Maßnahmen werden wirtschaftliche Impulse, insbesondere im Handwerk, ausgelöst und private Investitionen in erheblichem Maß mobilisiert.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen vier Jahren wurde in Hessen der öffentlich geförderte Wohnungsbau mit massivem Einsatz von Landesmitteln wieder belebt. Dennoch fehlen in Hessen noch immer bezahlbare Wohnungen, vor allem für die Gruppe der Bevölkerung mit geringen Einkünften, für Familien mit durchschnittlichem Einkommen, für Alleinerziehende. Wenn diesen Bevölkerungsschichten auf dem Wohnungsmarkt geholfen werden soll, muß das Land sein Engagement im sozialen Wohnungsbau fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den wohnungspolitischen Generationenvertrag gestalten wir mit folgenden Maßnahmen: Wir streben an, bis 1999 30.000 neue Wohnungen mit sozialen Bindungen zu fördern. Zusätzliche Sozialbindungen werden über das Kombimodell und durch den Umbau von militärischen Einrichtungen gesichert. Freiwerdende Liegenschaften und Militärwohnungen stehen für städtische Entwicklung wieder zur Verfügung. Sie gilt es schnellstens zu nutzen, um den Wohnungsnotstand zu verringern. So bringt Hessen den Wohnungsbau voran und stellt sich der sozialen Verantwortung für die Menschen, die am Wohnungsmarkt sonst keine Chance haben.

Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen - diese alte Indianerweisheit wurde lange Zeit belächelt; heute bestreitet den zutiefst richtigen und die Würde der Schöpfung respektierenden Grundsatz niemand mehr. Auf diesem Feld zeigt sich, wer die Verantwortung für die kommenden Generationen ernst nimmt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen beweist: Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist möglich. Ein weiterer Beleg für die positiven Arbeitsplatz- und Technologieentwicklungseffekte des Umweltschutzes

Meine Damen und Herren, ich bin zutiefst davon überzeugt, daß man doppelte Staatsbürgerschaft nicht nur leidend hinnehmen muß. Warum muß man den Menschen, die Deutschland eine Zusage geben wollen, die Absage an ihr Heimatland zumuten? Warum?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum können wir sie nicht als Brücken der Freundschaft und der Verständigung zwischen Deutschland und ihrem Heimatland begreifen? Wir würden viel reicher.

Das Kommunalwahlrecht für Bürger der Europäischen Union ist ein Anfang. Wir wollen den landesrechtlichen Spielraum entsprechend der Tradition unseres liberalen, weltoffenen Landes ausschöpfen. Die notwendigen Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung und des Kommunalwahlgesetzes werden vom Innenministerium vorbereitet. Ein möglichst parteiübergreifender Konsens ist mein Wunsch. Die Änderung des Wahlrechtes sollte von allen Fraktionen dieses Hauses mitgetragen werden, so wie auch die Grundgesetzänderung, von der ich und viele andere uns gewünscht hätten, daß sie weiter gegangen wäre, in Bonn schließlich einmütige Zustimmung fand.

Aber ich finde, die Zusage an die Bürger der Europäischen Union, daß wir sie mit gleichem Wahlrecht ausstatten, sollten alle Fraktionen dieses Hauses geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Ziel sollte es sein, ab 1996 bei den dann anstehenden Direktwahlen von Bürgermeistern oder Bürgermeisterinnen - es gibt ja erst wenige, aber immerhin - den Bürgerinnen und Bürgern anderer Staaten der Europäischen Union das Wahlrecht zu geben.

Meine Damen und Herren, die hessische Justizpolitik wird sich in den nächsten vier Jahren der Herausforderung stellen, den hessischen Bürgerinnen und Bürgern einen schnellen und effektiven Rechtsschutz zu gewähren - trotz knapper Ressourcen, trotz knapper Sachausstattung. Deshalb müssen die Tätigkeiten von Gerichten und Staatsanwaltschaften konzentriert und diese technisch optimal ausgerüstet werden. Andererseits gilt es, als rechtspolitisches Gegengewicht zur sogenannten Sicherheitspolitik der Bonner Koalition - dort liegt ja deren Schwerpunkt - die rechtsstaatlichen Positionen der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu verstärken.

Auch in der Justiz muß die von der Landesregierung angestrebte Modernisierung der Verwaltung unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten unverzüglich umgesetzt werden. Hier soll der Strukturwandel durch den Ausbau der Datenverarbeitung insbesondere bei den Grundbuchämtern, durch die Einrichtung von Serviceeinheiten bei Staatsanwaltschaften und Gerichten sowie durch leistungsgerechte Entlohnung der dort Tätigen vorangetrieben werden. Die effektivere Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität soll durch eine Konzentration der Aktivitäten bei Schwerpunktstaatsanwaltschaften und durch deren systematische Zusammenarbeit mit Polizei und Verwaltungsbehörden in speziellen Ermittlungsteams erreicht werden. Auch die rechtlichen Möglichkeiten einer Effektivierung und Konzentration der Justiz, zum Beispiel durch eine sinnvolle Entkriminalisierungspolitik, müssen geprüft und ausgeschöpft werden.

Besondere Aufmerksamkeit hat die Hessische Landesregierung schon in der letzten Legislaturperiode den Opfern von Straftaten zuteil werden lassen. Dies wollen wir fort-

führen. Das unverzichtbare Festhalten am Grundsatz des staatlichen Gewaltmonopols muß auch zur Konsequenz haben, daß Opfer von Verbrechen vom Staat nicht allein gelassen werden. Landesweit wird die Hessische Landesregierung daher auch den Schutz von Kindern als Opfer von Gewaltstraftaten ausbauen und sich um die Zeugenbetreuung bei den Gerichten kümmern.

Im Gegensatz zur Bonner Koalition, deren Rechtspolitik von vordergründigen Sicherheitserwägungen bestimmt wird, setzt die Hessische Landesregierung ihre Tradition der demokratischen und von Liberalität sowie sozialer Gerechtigkeit geprägten Rechtspolitik fort.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wird sich deshalb im Bundesrat zum Beispiel für eine vereinfachte und verbesserte Einbürgerungsregelung für die Kinder- und Enkelgeneration der nach Deutschland gekommenen Ausländer, die Einführung eines Anwalts des Kindes in Familienstreitigkeiten und die Verbesserung des Schutzes des Kindes in der gerichtlichen Hauptverhandlung einsetzen. Gleichzeitig wird die Landesregierung im Bundesrat darauf hinwirken, daß durch die Entkriminalisierung der Drogenabhängigkeit und die Verbesserung der Bekämpfung von Geldwäsche sowie durch die Schaffung sinnvoller Alternativen zu den bestehenden Sanktionsmöglichkeiten Kräfte der Strafverfolgung gebündelt werden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, am Ende dieses Jahrtausends haben sich der erzieherische und der gesellschaftliche Auftrag der Schule entschieden verändert. Stichworte, die diesen Prozeß kennzeichnen, sind etwa folgende: veränderte Kindheit, Veränderung der Schule vom Lern- zum Lebensort, veränderte Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt - aufgrund höherer Erwartungen an Qualifizierung und höhere Gewichtung von Schlüsselqualifikationen -, veränderte politische Kultur durch stärkere Betonung partizipatorischer und demokratischer Elemente im Schulalltag. Eine Politik, die diese Veränderungen ernst nimmt und darauf antwortet, beweist, daß der Generationenvertrag Kinder und Jugendliche als Subjekte und nicht als Objekte behandelt.

Um diesen Tendenzen Form zu geben und sie gleichzeitig zu befördern, wurde in der letzten Legislaturperiode ein Schulgesetz verabschiedet, das die Schulen in ihrer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung sowie als demokratisch verfaßte Einrichtungen stärkt. Dieser zeitgemäße neue Schub der Schulreform umfaßt auch die überfällige grundlegende Aktualisierung und Modernisierung der Unterrichtsinhalte und eine Reform der Bildungsverwaltung, die bei Profilierung der Einzelschule die Vergleichbarkeit der grundlegenden Anforderungen und die Durchlässigkeit zwischen den Teilsystemen zu sichern hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit einer Novellierung des Schulgesetzes sollen die Selbstverwaltungs- und die Selbstgestaltungskompetenz der einzelnen Schulen weiter gestärkt werden, so daß sie auch eine schulbezogene Personalentwicklung betreiben und ihnen in einem noch festzulegenden Umfang Mittel statt Stellen zur Verfügung gestellt werden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Konzept einer Schulreform, das die Eigenverantwortlichkeit der Schulen zu stärken trachtet, fällt in eine Phase - und das erschwert ohne Zweifel die Umsetzung -, in der der Finanzrahmen immer enger wird, sich aber die Schülerzahlen immer mehr erhöhen, zumindest bis in die ersten Jahre des nächsten Jahrtausends hinein. Wenn auch in der nächsten Legislaturperiode, anders als in der zu Ende gegangenen, zusätzliche Lehrerstellen nicht geschaffen werden können, steht die Landesregierung zu ihrem Versprechen, keine unterrichtswirksamen Stellen abzubauen. Auf dieser Basis können eine Erhöhung der Klassenobergrenzen, eine Kürzung der Pflichtstundentafel sowie eine lineare Erhöhung der Lehrerarbeitszeit abgeschlossen werden. Es wird gelingen, allerdings nur unter großen Anstrengungen, entsprechendem Verständnis und Loyalität aller Beteiligten, sowohl die skizzierten Reformansätze umzusetzen als auch die Grundversorgung an Unterricht sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverwaltung der Schule erfordert in diesem Zusammenhang auch eine Neubestimmung der Arbeitszeit der Lehrkräfte, die allerdings nur dann sinnvoll zu sein verspricht, wenn sie zusammen mit neuen Formen des Lehrens und Lernens entwickelt wird. Deshalb wird die Landesregierung die pädagogische und organisatorische Neugestaltung der Arbeit in der Grundschule im Zusammenhang mit der Einführung fester Öffnungszeiten vorrangig unterstützen und die ursprünglich geplante Erhöhung der Zahl der Pflichtstunden für die Lehrkräfte dieser Schulform bis zum Schuljahr 1997/98 aussetzen. Ziel ist es, auf der Grundlage der Erfahrungen mit den veränderten Arbeitsbedingungen eine Arbeitszeitregelung einzuführen, die nicht mehr an der Unterrichtsstunde als Maß der Arbeitszeit orientiert ist.

Meine Damen und Herren, die Zukunftssicherung aller hochentwickelten Gesellschaften hängt in besonderer Weise von der Leistungskraft ihrer wissenschaftlichen Infrastruktur ab. Das gilt auch für Hessen. Unter dieser Zielsetzung hat die Landesregierung in den zurückliegenden vier Jahren Struktur und Ausstattung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch große Investitionsprogramme und durch den besonderen hessischen Weg der Studienreform erheblich verbessert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sicherung des hohen Niveaus von Wissenschaft und Forschung in Hessen bleibt eine zentrale Aufgabe für die Landesregierung - auch unter den schwierigeren finanziellen Rahmenbedingungen der vor uns liegenden Jahre. Deutlicher als in den vergangenen Jahren müssen aber die Hochschulen in die allgemeine Konsolidierungspolitik einbezogen werden. Die Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission werden daher im Dialog mit den Hochschulen ausgewertet, um dann zügig zu Schritten der Umsetzung zu kommen. So wird es zum Beispiel vernünftig sein, Kapazitäten in der Medizinerbildung abzubauen, die weit über den gesellschaftlichen Bedarf hinausgehen. Es wird ferner vernünftig sein, die Ausbildung für Spezialfächer zu konzentrieren, Hochschulen zu profilieren.

Bei der in Angriff genommenen Modernisierung der Hochschulverwaltung wird die Eigenverantwortung der Hochschulen weiterhin gestärkt werden, etwa durch erweiterte Globalhaushalte. Deren Einrichtung soll mit der zweijährigen Übertragbarkeit der Mittel verbunden sein

und hat zum Ziel, den Hochschulen Planungssicherheit für vier Jahre zu geben. Der Ausbau der Fachhochschulen und der Gesamthochschule Kassel wird an den jetzigen Standorten fortgeführt.

(Degen (CDU): Wie denn?)

- Das können Sie alles in der mittelfristigen Finanzplanung nachlesen, verehrte Frau Kollegin Degen. - Die Grundlagenforschung in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen ebenso wie in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern wird gesichert und vor allem auf den interdisziplinären Feldern gefördert. Mit Symposien wollen wir die Formulierung neuer Forschungsschwerpunkte und die Entwicklung interdisziplinärer Forschungsprojekte unterstützen. Dabei wird der Kooperation von universitärer und außeruniversitärer Forschung ein besonderer Stellenwert beigemessen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem sollen weitere Modelle der Zusammenarbeit zur Einbeziehung der Wirtschaft entwickelt werden, desgleichen Wege zu gemeinsamen Forschungsvorhaben von Universitäten und Fachhochschulen. Zur Sicherung der langfristigen Perspektiven des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Hessen ist im Hinblick auf den anstehenden Generationenwechsel an den Hochschulen ein besonderes Gewicht auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu legen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nur so wird Hessen unter dem wachsenden Konkurrenzdruck gerade im europäischen Kontext seine gute Position halten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Umsetzung des Generationenvertrages darf nicht zur Ausgrenzung der Älteren führen. Die Erfahrung, das Wissen und die Fertigkeiten der Senioren dürfen nicht brachliegen - zum Nutzen der Jüngeren und aus Achtung vor den Älteren.

Jugend braucht Verantwortung, die Alten haben Verantwortung für die Jugend. Viele ältere Menschen sind bereit, sich in ihrem Stadtteil, in ihrem Umfeld zu engagieren. Wir nutzen das noch zu wenig. Hier sind die Kommunen gefordert, Modelle zu entwickeln. Das Land wird, wo nötig, Hilfestellung gewähren. Das Gemeinschaftsleben, das Vereinsleben ist schon in seiner heutigen Gestaltung ohne die ältere Generation überhaupt nicht denkbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte sie, sich hier weiterhin zu engagieren.

Die Lebensbedingungen für Kinder und Familien zu verbessern bleibt ein Schwerpunkt der Landespolitik. Kindheit und Familienwirklichkeit haben sich im Vergleich zu früheren Generationen nachhaltig verändert. So wachsen immer mehr Kinder ohne Geschwistererfahrung auf oder leben mit einem Elternteil allein. Vielen fehlt das soziale Umfeld, das ihnen verlässliche Geborgenheit vermittelt. Der Förderung von Kindern in Kindergärten und anderen Tageseinrichtungen kommt daher eine wachsende Bedeutung zu. Ohne ein gesichertes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten läßt sich das Bedürfnis von Müttern und Vätern, Beruf und Familie zu vereinbaren, nicht verwirklichen.

Dank der Förderpolitik des Landes ist es den Kommunen und freien Jugendhilfeträgern gelungen, in den letzten vier Jahren über 30.000 zusätzliche Kindertagesstättenplätze zu schaffen. Diese erfolgreiche Politik werden wir fortsetzen. Bei der Aufgabe, den Rechtsanspruch auf Kindergartenbesuch rasch zu erfüllen, können die Kommunen weiter auf die Unterstützung des Landes rechnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, daß der Bundestag sich dem einmütigen Votum der Länder, eine Stichtagsregelung mit Wirkung vom 1. August für die Verwirklichung des Rechtsanspruchs in das Gesetz einzubauen, nicht länger verschließt. Die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung im Kindergarten wird ebenso wie die Frühförderung künftig ausgebaut.

Solidarisches Verhalten, Selbstbestimmung und Beteiligung am demokratischen Prozeß sind wesentliche Ziele hessischer Jugendpolitik. Die Eigenverantwortung der Jungen und Mädchen in Jugendverbänden, Gruppen und Initiativen wird wie bisher von der Landesregierung unterstützt und geschützt werden. Neue Möglichkeiten der verstärkten Beteiligung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen sollten erprobt werden.

(Beifall einer Abgeordneten)

Die Landesregierung wird dabei nicht reglementierend, sondern anregend tätig werden. - Ich finde es schön, daß der Beifall einer einzelnen Dame an dieser Stelle kommt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Koch (CDU): Mehr Beifall! - Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Bitte nicht so wie beim Parteitag!)

- Er ist immer schön. Sie wissen wohl nicht: Das sind Anspielungen für die eigenen Reihen; das darf ja auch einmal sein!

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Selbstbestimmung und Solidarität setzen aber voraus, daß Mädchen und Jungen nicht ausgegrenzt werden. Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, die Unterstützung insbesondere benachteiligter junger Menschen - ein bißchen mehr Aufmerksamkeit hat dieses Kapitel verdient! -

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit wird ein Schwerpunkt der Landesregierung bleiben.

Vor allem aber sind hier die Unternehmen gefordert. Hier ist die Privatwirtschaft gefordert, jungen Menschen eine neue, eine Berufsperspektive zu geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die in den letzten vier Jahren begonnene, allseits als erfolgreich anerkannte Drogen- und Suchthilfepolitik soll fortgesetzt werden. Mit den bestehenden und begonnenen Projekten hilft die Landesregierung den Kommunen und den freien Trägern, für Abhängige und Süchtige Hilfsangebote bereitzustellen, die ihre Lebenssituation verbessern, die ein Abgleiten in die Verelendung verhindern. Der drastische Rückgang der

Zahl der Drogentoten ist ein deutlicher Beleg für die Richtigkeit dieses Weges.

In den nächsten vier Jahren kommt es darauf an, bewährte Projekte abzusichern und neue Akzente, zum Beispiel Hilfen für ausländische Drogenabhängige, zu setzen. Die Substitutionsangebote müssen vervollständigt werden. Die Krisenzentren müssen in die Lage versetzt werden, weitere schwer Drogenabhängige zu erreichen.

Die Bundesregierung wird durch Initiativen der Landesregierung gedrängt werden, wirksame Schritte in Richtung einer Entkriminalisierung zu gehen. Kontrollierte Heroinvergabe, Gesundheitsräume und der Verzicht auf Bestrafung des Cannabis-Konsums müssen den Umgang mit Drogenabhängigen bestimmen.

Meine Damen und Herren, das Hessische Gleichberechtigungsgesetz ist jetzt seit mehr als einem Jahr in Kraft. Trotz der Anlaufschwierigkeiten, die die Umsetzung eines jeden Gesetzes mit sich bringt - man sieht das im Moment beim Pflegeversicherungsgesetz -, sind im öffentlichen Dienst Hessens nun die wesentlichen personellen und organisatorischen Voraussetzungen einer effektiven und langfristigen Frauenförderung geschaffen.

Mit der Landtagswahl am 19. Februar haben die hessischen Wählerinnen und Wähler all jenen einen Korb gegeben, die glaubten, man könne mit der beabsichtigten Abschaffung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes erfolgreich auf Stimmenfang gehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und der F.D.P. - Koch (CDU): Deshalb sind wir stärkste Partei geworden!)

- Sie haben ja auch verloren! - Daß diese populistische Milchbubenrechnung, Herr Kollege Koch, oder - da ja auch Damen daran beteiligt waren - Milchmädchenrechnung nicht aufgegangen ist,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

erfüllt mich persönlich mit Genugtuung und erlaubt es der Landesregierung, der Klage der CDU-Fraktion gegen das Hessische Gleichberechtigungsgesetz mit großer Gelassenheit zu betrachten.

(Velte (CDU): Wir tun das auch!)

Wir setzen unsere Bemühungen fort, Frauenförderung auch in der Privatwirtschaft von der Ausnahme zur Regel zu machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier hat das Land bekanntlich keinen gesetzlichen Einfluß, kann aber im Dialog mit Betrieben dennoch einiges erreichen. Oft ist es ja nur der kleine, das eigene Vorurteil überspringende Schritt, der den Blick auf die Vorteile öffnet, die Frauenförderung auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll macht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf diesem Weg der Überzeugungsarbeit wollen wir weitergehen.

(Dr. Jung (Rheingau) (CDU): Wenn ich hier links gucke, sehe ich nur Herren!)

- Herr Dr. Jung, Sie sollten nicht nur links gucken, das ist einer Ihrer Fehler. Gucken Sie mehr nach rechts!

(Weidmann (SPD): Da gibt es nichts mehr!)

Bei Ihnen geht es rechts nicht.

Meine Damen und Herren, Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, auch eine solche Schwerpunktsetzung bedeutet Erfüllung des Generationenvertrages.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Beschäftigungspolitik der Hessischen Landesregierung orientiert sich deshalb an einer ebenso einfachen wie einleuchtenden Maxime: Es ist sinnvoller, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Öffentlich geförderte Beschäftigung eröffnet arbeitslosen Menschen neue Perspektiven, wird in Hessen auch weiterhin tariflich entlohnt und muß den sozialen, ökologischen und regionalen Erfordernissen Rechnung tragen.

Die Hessische Landesregierung wird die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Programme fortführen. Für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" strebt sie jährlich 2.000 Plätze an, für das Benachteiligtenprogramm 700. Arbeitsbeschaffende Programme, Beschäftigungsgesellschaften und Programme zum Wiedereinstieg von Frauen in das Berufsleben werden - so weit es die Finanzlage erlaubt - auf hohem Niveau gehalten. Modellhaft wollen wir in zwei bis drei sozialen Brennpunkten Mittel aus diesen Programmen konzentriert einsetzen, um zu prüfen, ob eine Wiedereingliederung in die Arbeitswelt auch wieder zur Teilnahme am demokratischen Willensbildungsprozeß führt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bei der Sozialversicherung kämpft Hessen auch auf Bundesebene mit Nachdruck gegen weitere Beitragssteigerungen, Leistungseinschnitte und erweiterte Zuzahlungen im Gesundheitswesen. Die Pläne des jetzt auch für Sozialhilfe zuständigen Gesundheitsministers, die Leistungen der Sozialhilfe in bestimmten Bereichen unter das Existenzminimum zu drücken, werden von uns entschieden abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hessische Landesregierung hat in bezug auf Spar- und Konsolidierungszwänge öffentlicher Haushalte keinen Aufklärungsbedarf, aber sie wird diesen Zwängen weder die Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit noch die zur Solidarität - auch nicht mit Bürgerkriegsflüchtlings und Asylbewerbern - opfern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Älteren Menschen und Menschen mit Behinderung wird die Landesregierung ein möglichst selbständiges Leben zu erhalten oder wieder herzustellen helfen.

In allen Politikfeldern und Ressorts sollen die berechtigten und besonderen Belange älterer und behinderter Menschen mitbedacht und -berücksichtigt werden.

Die Landesregierung wird eine Bundesrats-Initiative für ein Antidiskriminierungsgesetz einbringen. Gleichzeitig wird sie im Rahmen ihrer Kompetenzen auf die Umsetzung und Einhaltung des Diskriminierungsverbots dringen.

Der bestehenden Benachteiligung behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt wird die Hessische Landesregierung sowohl mit spezifischen Integrationsprogrammen als auch mit einer Bundesratsinitiative zur Erhöhung und Dynamisierung der Ausgleichsabgabe begeben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aber auch darauf hinweisen, daß wir in unserem Verantwortungsbereich beispielhaft vorangehen, denn wir haben in den letzten Jahren immerhin eine Steigerung der Beschäftigtenquoten von Behinderten in der Landesverwaltung von 4,5 auf jetzt 5,4 Prozent erreicht. Wir wollen die 6 Prozent tatsächlich erreichen. Wir wollen die Ausgleichsabgabe nicht bezahlen, sondern die Behinderten beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Wohnungsbau haben wir dafür gesorgt, daß überall dort, wo neue Wohnungen gebaut werden, im notwendigen Umfang behindertengerechte Wohnungen geschaffen werden und ein barrierefreier Zugang gewährleistet ist.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Tagen haben die Pflegekassen ihre Leistungserbringung aufgenommen. Im Vorfeld sind hier zwei Probleme deutlich geworden:

Das Pflegeversicherungsgesetz weist zunehmend Regelungslücken auf, insbesondere bei der Abgrenzung der Pflegeversicherung zu anderen Sozialleistungen. Die Schwierigkeiten der Pflegekassen, rechtzeitig vor dem 1. April über die Vielzahl der Anträge zu entscheiden, dürfen nicht zu Lasten der betroffenen Pflegebedürftigen und ihrer Familien gehen. Entsprechend haben in Hessen die Pflegekassen, jedenfalls die Allgemeinen Ortskrankenkassen, unter Vermittlung der Hessischen Landesregierung mit den Kommunalen Spitzenverbänden eine Vereinbarung getroffen, wonach die nahtlos anschließende Pflegeleistung, insbesondere das Pflegegeld, sichergestellt wird. Für diese unbürokratische und bürgernahe Entscheidung möchte ich den Beteiligten an dieser Stelle ausdrücklich danken. Diese Lösung kann nur vorübergehenden Charakter haben, das Grundproblem muß endlich von der Bundesregierung gelöst werden.

Deshalb wird Hessen die Änderung des Pflegeversicherungsgesetzes mit dem Ziel anstreben, die sogenannten Kompensationsregelungen ersatzlos zu streichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Abweichen vom Prinzip der hälftigen Beitragszahlung durch Arbeitgeber und Beschäftigte in einem Sozialversicherungszweig ist grundsätzlich falsch. Darüber hinaus hat die erste Kompensation durch Streichung eines Feiertages die Beitragsaufwendungen der Arbeitgeber in hohem Maße überkompensiert.

Sicher ist jedenfalls, daß für die Hessische Landesregierung die Streichung eines weiteren kirchlichen Feiertags nicht in Frage kommt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierin befinde ich mich in Übereinstimmung mit sämtlichen Ministerpräsidentenkollegen. Der Wegfall des Buß- und Bettages als staatlich geschützter Feiertag ist für die evangelischen Christen eine schwere Belastung. Ich bin beiden Kirchen dankbar für die in dieser Frage geführten intensiven und von gegenseitigem Vertrauen geprägten

Gespräche und kündige an, daß zur Verhinderung weiterer Einschränkungen bereits jetzt neue Beratungen aufgenommen werden.

In der letzten Legislaturperiode hat Hessen als erstes Bundesland ein Ausführungsgesetz zur Pflegeversicherung verabschiedet.

(Weiß (CDU): Miserabel!)

Hiermit wurde der Wille zum vorrangigen Auf- und Ausbau von ambulanten Hilfen, Tages- und Kurzzeitpflege und Rehabilitationsangeboten deutlich unterstrichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nicht miserabel, Herr Weiß, sondern damit wir rechtzeitig dran sind. Wir hatten Terminzwänge. Wir sind als erste vorangegangen. Wir werden jetzt auch die Ausfüllung muster-gültig machen. Da können Sie ganz sicher sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hessen wird mit einer Pflegeinitiative innerhalb der nächsten zehn Jahre 600 Millionen DM für Neuinvestitionen und für Sanierung bestehender Pflegeeinrichtungen bereitstellen. Gemeinsam mit allen Beteiligten - hierzu gehören insbesondere die Kommunalen Spitzenverbände - wird die Hessische Landesregierung die Finanzierung und die Zuschußhöhe für die unterschiedlichen Bereiche festlegen. Hiermit möchte ich alle Beteiligten ausdrücklich einladen, sich an der Verbesserung der ambulanten Pflege aktiv zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, Hessen hat in seiner fast fünfzigjährigen Geschichte immer den ländlichen Räumen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Das begann schon mit Georg August Zinns "Großen Hessenplänen", mit der Stärkung der ländlichen Infrastrukturen, zum Beispiel der Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe aus beengten Dorflagen, und das setzt sich bis heute mit einer Walderhaltung- und -zuwachspolitik im walddreichen Hessen, mit einer sozial und ökologisch ausgerichteten Landwirtschaftspolitik und einer offensiven Naturschutzpolitik fort.

Schwerpunkt der Landwirtschaftspolitik wird der Ausbau des Kulturlandschaftsprogrammes für extensive und ökologische Landbewirtschaftung sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern - nun kehrt sich, meine Damen und Herren von der Opposition, die Debatte um - wird Hessen mit einer Förderung von einem Fünftel der Landesfläche die Mittel aus dem soziostrukturellen Einkommensausgleich dauerhaft der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Das ist ein Signal für die Landwirtschaft in Hessen, das weit über Hessen hinausstrahlen wird. Die Bauern anderer Bundesländer werden die Hessen darum beneiden, weil bei ihnen der soziostrukturelle Einkommensausgleich ausläuft und nichts übrig bleibt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor wenigen Tagen hat die Europäische Union endlich auf Drängen Hessens gestattet, daß regionale Schlachtstätten gefördert werden. Damit besteht jetzt die Chance, daß in breiter Übereinstimmung mit dem Berufsstand Lieferbedingungen zu regionalen Schlachthöfen aufgebaut, bessere Preise erzielt werden und hessische Verbraucher keine

anonyme Fleischware auf den Tisch bekommen, sondern "Gutes aus Hessen",

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das artgerecht und umweltverträglich produziert worden ist. Das verstehen wir unter aktiver Förderung der Landwirtschaft! So werden Tiertransporte vermieden, so wird Rinderwahnsinn verhindert, und zwar mit dem Instrumentarium des Landes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Clauss (SPD): Gutes aus Hessen!)

- Gutes aus Hessen, das lohnt sich, Herr Kollege Clauss.

Meine Damen und Herren, während andere Bundesländer der Privatisierung des Forstes leichthin das Wort reden und die Treuhand zur Empörung der ostdeutschen Länder in riesigem Umfang Waldflächen in den neuen Bundesländern geradezu verschleudert, wird diese Landesregierung wegen ökologischer und gesellschaftlicher Bedeutung des Waldes von einer Privatisierung absehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wird ihren Einfluß nutzen, Organisationsreform und Effizienzsteigerung zu betreiben, aber gleichzeitig flächendeckend den begonnenen Umbau zu naturgemäßer Landwirtschaft fortsetzen.

Dem Wald im Verdichtungsraum gilt, weil er besonders bedroht ist, besonderes Augenmerk. Auch zukünftig wird in Südhessen der Wald nicht abnehmen, sondern durch gezielte Ausgleichsmaßnahmen, zum Beispiel nach dem Bau von Cargo-City-Süd oder der ICE-Trasse, im Umfang erhalten bleiben oder auch zunehmen. Schutz- und Bannwaldausweisungen unterstreichen den hohen Stellenwert.

Im Naturschutz sind in der letzten Wahlperiode die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen worden. In den jetzt vor uns liegenden vier Jahren wollen wir die Landschaftsrahmenpläne vorlegen, die mit den Regionalen Raumordnungsplänen vorgesehenen Schutzgebiete ausweisen und mit einem praxisbezogenen Naturschutz einen sinnvollen Ausgleich zwischen Entwickeln und Bewahren finden.

Meine Damen und Herren, Hessen muß seine wirtschaftliche Chance durch den Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologie nutzen. Besonders im Finanz- und Dienstleistungszentrum "Rhein-Main-Gebiet" mit seinen zunehmenden internationalen Verflechtungen eröffnen sich neue Investitions- und Wachstumschancen, deren Verwirklichung wir zielgerichtet fördern werden.

Zur nachhaltigen Steigerung der Innovationstätigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen werden die Technologietransfer- und Technologieberatungsstellen weiter ausgebaut.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Meine Damen und Herren, ich benutze die Pause, um Sie zu bitten, für etwas mehr Ruhe zu sorgen.

Eichel, Ministerpräsident:

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. Ich komme schon durch. - Ganz gezielt soll mit Hilfe der Informations- und Kom-

munikationstechnologie auch die Verlagerung von Arbeitsmöglichkeiten aus den Ballungszentren in strukturschwächere Regionen erreicht und damit die neuen Technologien zur gezielten Strukturpolitik eingesetzt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So könnte zum Beispiel durch die Informatisierung des Schienenverkehrs die Streckenproduktivität der Deutschen Bahn auf das Vierfache erhöht werden. Durch Telearbeitsplätze könnte teurer Büroraum in den Ballungszentren eingespart und könnten umwelt- und gesundheits-schädliche Verkehrsspitzen in den Rush-hours abgebaut werden, wie Untersuchungen aus den Vereinigten Staaten zeigen.

Auch hier strebt die Landesregierung eine vernünftige Kooperation zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Staat an und hat Aktivitäten ergriffen und koordiniert Aktivitäten, die ergriffen werden müssen, um auf Dauer eine marktfähige Nachfrage und damit Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der Verwaltung werden die neuen Technologien verstärkt eingesetzt. Zum einen wird dadurch der Reformprozeß hin zu einer effizienteren Verwaltung unterstützt und zum anderen erhöht das staatliche Engagement die Akzeptanz und damit die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechniken. Die aktive Mitgestaltung dieser Entwicklung heißt für die Landesregierung aber auch, den Prozeß hinsichtlich seiner gesellschaftlichen und sozialen Folgen kritisch zu begleiten und auf die Einhaltung ordnungspolitischer Grundprinzipien zu drängen, vor allem aber die sozialen Sicherungssysteme funktionsfähig zu erhalten und die Aufgabenstellung der Tarifvertragsparteien auch in diesem Zusammenhang zu sichern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ordnungspolitische Prinzipien zu erhalten, das gilt auch für die Medienpolitik der Landesregierung. Wir werden mit unbeugsamer Beharrlichkeit jeden Versuch abwehren, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem abzuschaffen oder die kommerziellen Medien auf Kosten dieses gewachsenen Informations- und Unterhaltungssystems zu bevorzugen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kontrolle der kommerziellen Medien in der Bundesrepublik ist lückenhaft. Der Vorschlag Hessens steht, eine Medienanstalt der Länder zu schaffen, die allgemeingültige Zulassungs- und Kontrollmöglichkeiten für alle Privatsender durchsetzt. Wir wollen darüber hinaus keinerlei Medienmonopole, die eines Tages die Demokratie bedrohen könnten, wie wir es am Beispiel Italiens befürchten müssen und wie wir es aus der deutschen Geschichte zu Ende der Weimarer Republik ja bereits kennen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in diesem Bereich der Medienpolitik wird die Hessische Landesregierung zusammen mit den anderen sozialdemokratisch geführten Bundesländern - ich hoffe auch auf die Zustimmung christlich-demokratisch geführter - das in ihrer Macht Stehende tun, um Marktbegrenzungs-

kriterien und, wenn nötig, auch Entflechtungen durchzusetzen. Wir haben in diesem Hause, in der Öffentlichkeit und auch im Deutschen Bundestag in den letzten Monaten teilweise erbittert über den Fortbestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestritten. Das ist ein Streit, der überflüssig ist, da das, was der Kollege Biedenkopf und der Kollege Stoiber vorgeschlagen haben, nicht nur am Bundesverfassungsgericht scheitern würde, sondern auch am Widerstand der übrigen Bundesländer.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ARD und das ZDF sind nicht nur gewachsene Teile dieses Landes, sie sind auch unverzichtbarer Bestandteil des öffentlichen, des demokratischen Lebens; denn nur über zwei nationale Vollprogramme läßt sich Qualität sichern und ein Mindestmaß an politischer Information mit öffentlichem Diskurs sicherstellen, das alle Bürger brauchen, um in der Demokratie mitreden und mitentscheiden zu können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder Versuch, das Gemeinschaftsprogramm der ARD zu zerstören, wird also auf unseren entschlossenen Widerstand stoßen, ebenso jeder Versuch, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und das öffentlich-rechtliche Fernsehen finanziell auszuhöhlen.

Die Hessische Landesregierung tritt deshalb für eine angemessene Gebührenerhöhung für ARD und ZDF ein. Meine Damen und Herren, es ist eine verlogene Debatte, wenn jemand, der alles in diesem Lande erhöht - in diesem Punkte meine ich den Bundeskanzler -, der Verantwortung für ungezählte Steuererhöhungen trägt, meint, genau an dieser Stelle könne über viele Jahre der Preis absolut gleich bleiben. Das ist eine verlogene Debatte!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht in Wahrheit auch nicht darum, das Portemonnaie derer zu schonen, die ohnehin wenig drin haben; denn diese Bundesregierung hat bewiesen, wie sie gerade in die Portemonnaies derer, die wenig darin haben, hineinlangt. Nein, es geht um etwas anderes: Es geht um einen Anschlag auf die Meinungsfreiheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen der Abg. Herrhausen (CDU))

Meine Damen und Herren, die Höhe der notwendigen Gebührenerhöhung wird die unabhängige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes feststellen, wie es das Bundesverfassungsgericht gefordert hat. Weder der Bundeskanzler noch der Sächsische noch der Bayerische Ministerpräsident haben das Recht, diese Gebührenerhöhung in Frage zu stellen. Die Entscheidung darüber ist allein Sache der Länderparlamente. Ich bin sicher, sie werden ihrer Verantwortung gerecht werden.

Wir wollen, meine Damen und Herren, darüber hinaus die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auch insoweit stärken, daß sie, wie es ebenfalls das Bundesverfassungsgericht gefordert hat, von Gebühren und Werbung ihre Ausgaben bestreiten können. Ich trete also dafür ein, daß auch nach 20.00 Uhr - allerdings ohne Ausweitung des Gesamtrahmens und ohne Unterbrecherwerbung, die eine Kulturschande ist - sowohl bei ARD wie beim ZDF Werbung erlaubt wird. Das entlastet übrigens auch die Vor-

abendprogramme, die in besonderem Maße von Jugendlichen gesehen werden.

Die Landesregierung wird sich vernünftigen Überlegungen zu einer Neuordnung der ARD nicht verschließen. Die Bildung einer Vier-Länder-Anstalt im Südwesten, wie sie mein Kollege Beck als Möglichkeit ins Gespräch gebracht hat, hält die Landesregierung allerdings nicht für sinnvoll. Eine solche Vier-Länder-Anstalt wäre ein Mammutgebilde, das den Interessen Hessens nicht gerecht würde. Der Hessische Rundfunk hat für die Identitätsbildung des Landes Hessen nach dem Kriege entscheidende Bedeutung gehabt und wird sie auch in Zukunft haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb stellt die Erhaltung des Hessischen Rundfunks für uns ein herausragendes Ziel dar. Wir sind aber bereit - diese Bereitschaft habe ich Herrn Kollegen Beck mitgeteilt -, mit ihm über jede andere vernünftige Kooperation zwischen unseren beiden Ländern im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu reden und gegebenenfalls daraus auch gesetzgeberische Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Diskussionen der letzten Monate, die von den Kollegen Stoiber und Biedenkopf ausgelöst und vom Bundeskanzler zu einem Generalangriff auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen mißbraucht worden ist, müssen ein Ende haben. Ich bin dankbar, daß Sie, meine Damen und Herren von der Opposition in diesem Hause, sich an diesem peinlichen und skandalösen Treiben, das letzten Endes gegen die Vielfalt in der Medienlandschaft und gegen die Aufrechterhaltung der Meinungsfreiheit gerichtet ist, nicht beteiligt haben. Ich hoffe, daß dieser Grundkonsens uns in den nächsten vier Jahren erhalten bleibt, im Interesse der Zuschauerinnen und Zuschauer und im Interesse eines funktionierenden Gemeinwesens.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe diese Regierungserklärung unter das Motto gestellt "Hessen 2000 - den Generationenvertrag einlösen". Dazu gehört ganz unweigerlich - der Alterspräsident hat vorhin auch schon darauf hingewiesen - die Erinnerung an die Aufbauleistung der Menschen in Hessen in den letzten 50 Jahren. Hessen wird staats- und verfassungsrechtlich gesehen am 1. Dezember 1996 50 Jahre alt. Die Grundlage dieses neuen, des demokratischen Hessen haben die Amerikaner gelegt. Mit der Proklamation Nummer 2 der amerikanischen Militärregierung hat General Dwight David Eisenhower am 19. September 1945 die Entwicklung des demokratischen Hessen, seiner staatlichen Ordnung und seiner auch für das Grundgesetz vorbildlichen Verfassung eingeleitet. Wenn wir diesen fünfzigsten Geburtstag in diesem und im nächsten Jahr feiern, dann werden wir dabei selbstverständlich nicht übersehen, daß Hessen älter ist und seit der Trennung von Thüringen im 13. Jahrhundert, mit dem wir gleichwohl oder deshalb auf besondere Weise verbunden sind, eine eigene Identität entwickelt hat. Wir werden bei diesen Feiern nicht vergessen, daß der Volksstaat Hessen, wie er erst nach dem Ersten Weltkrieg entstanden war, ein Bollwerk gegen die Nazis war. Wilhelm Leuschner, der Innenminister dieses Volksstaates, von den Nazis ermordet, ist ja nicht zufällig der Namensgeber der höchsten Auszeichnung, die Hessen zu vergeben hat. Warum erwähne ich das? Weil wir den Beginn der Geburtstagsfeierlichkeiten ganz bewußt auch als Gedenk- und Erinnerungsmoment

an dieses dunkelste Kapitel deutscher Geschichte gestalten wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland hatte nicht die Kraft, sich selbst, wir Deutsche hatten nicht die Kraft, uns selbst vom Nationalsozialismus zu befreien.

Die Sowjetunion, die Französische Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich, die Republik Polen und viele andere Staaten haben unzählige ihrer Söhne und Töchter geopfert, um uns und die Welt von der selbsternannten Herrenrasse zu befreien. Aber das größte Opfer hat das jüdische Volk gebracht, ein Opfer, das jedes menschliche Vorstellungsvermögen übersteigt. Wir stehen bei der Planung zu diesen Veranstaltungen - wie auch bei anderen Themen - in selbstverständlicher und enger Verbindung zu der jüdischen Gemeinschaft in Hessen.

Der 50. Jahrestag der Befreiung, des Kriegsendes und der Wiederbegründung von Freiheit und Demokratie darf auch nicht im entferntesten dazu mißbraucht werden, den untauglichen und unmenschlichen Versuch zu unternehmen, den berüchtigten Schlußstrich unter dieses verbrecherische Kapitel unserer Geschichte ziehen zu wollen. Wir werden den Geburtstag unseres Landes im Gegenteil nutzen, um die Lehren aus der Vergangenheit erneut den nachwachsenden Generationen zu vermitteln.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich, daß wir das wieder gemeinsam mit einer wachsenden Zahl jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Lande tun können. Es ist ein schönes Zeichen für Deutschland, daß jüdische Menschen 50 Jahre nach diesen schrecklichen Ereignissen wieder Zuflucht in Deutschland suchen. Dieses Kapital sollten wir für die Zukunft nutzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sich der Vergangenheit stellen, Verantwortung übernehmen und eine menschliche Zukunft gestalten, das werden die Leitsätze dieser Regierung in den nächsten vier Jahren sein. Schwierigkeiten habe ich genannt. Die Menschen erwarten von uns, daß wir zeigen, worauf es ankommt, und nicht, daß wir sagen, was draußen ankommt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen die Kraft, neue Wege zu gehen, um Stabilität, Wohlstand und soziale Sicherheit zu erhalten. Wir brauchen den Willen zur technischen Innovation in ökologischer Verantwortung. Wir brauchen den Mut zu einem schlanken und effizienten Staat. Wir brauchen den Willen zu Solidarität und Verantwortung.

So werden wir Hessens Identität stärken, seine Spitzenposition sichern und damit den Generationenvertrag erfüllen. Dazu erbitte ich die Unterstützung dieses Parlaments und der Menschen in diesem Lande.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Möller (Gießen):

Meine Damen und Herren, das war die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Die Aussprache über diese

Erklärung findet am morgigen Donnerstag ab 9 Uhr statt.

Bevor ich heute die Sitzung schließe, möchte ich noch ganz wenige Worte an die richten, die dem Haus in der 13. Wahlperiode angehört haben und jetzt nicht mehr bei uns sind. Bei den meisten war es ihr eigener Wunsch, war es ihre persönliche Lebensplanung. Es gibt aber auch einige, die auf eine Rückkehr hoffen, wenn neue Ordnungen das zulassen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit Otto Wilke, der gerade auf der Galerie sitzt,

(Beifall)

stellvertretend für alle aus allen Fraktionen für die Mitarbeit im Hause, für vielfältige Gedanken und Anregungen, die er eingebracht und uns mitgegeben hat, danken. Wir stehen nämlich auf den Schultern unserer Vorgängerinnen

und Vorgänger. Ich möchte Ihnen zurufen: Es muß ja kein Abschied für immer von diesem Landtag in Wiesbaden sein! Es gibt einen Verein, der sich mit großer Beharrlichkeit und Umsicht all derer annimmt, die einstmals diesem Hause angehört haben. Ihnen allen, ob Mitglied in diesem Verein oder nicht, rufe ich zu: Sie sind im Hessischen Landtag als Gäste und Freunde immer willkommen!

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 15.16 Uhr)